

„Lübecker Volksbote“ erscheint  
 jeden Nachmittag, außer an Sonn-  
 und Festtagen. Der Abonnements-  
 preis beträgt bei Lieferung durch die  
 Post frei ins Haus monatlich 16 Mk.  
 Redaktion: Johannisstraße 46.  
 Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die  
 achtgespaltene Zeile oder deren  
 Raum 4,00 Mk. Versammlungs-,  
 Arbeits- und Wohnungsanzeigen  
 3,00 Mark, Reklamen 16,00 Mark.  
 Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.  
 Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 85.

Montag, den 16. April 1922.

29. Jahrgang.

## Theodor Schwarz tot!

Setzt die Fahnen auf halbstock! Den schwarzen Flor um das rote Tuch! Ein Vorkämpfer und Mitstreiter ist von uns gegangen. Ein Führer und Bahnbrecher, der sein Herzblut gab, und der Treue gehalten hat, bis zum letzten Atemzuge. Am Sonntag, dem 9. April, um drei Uhr morgens, vier Tage vor seinem 81. Geburtstag, ist unser „Schipper“ verschieden.

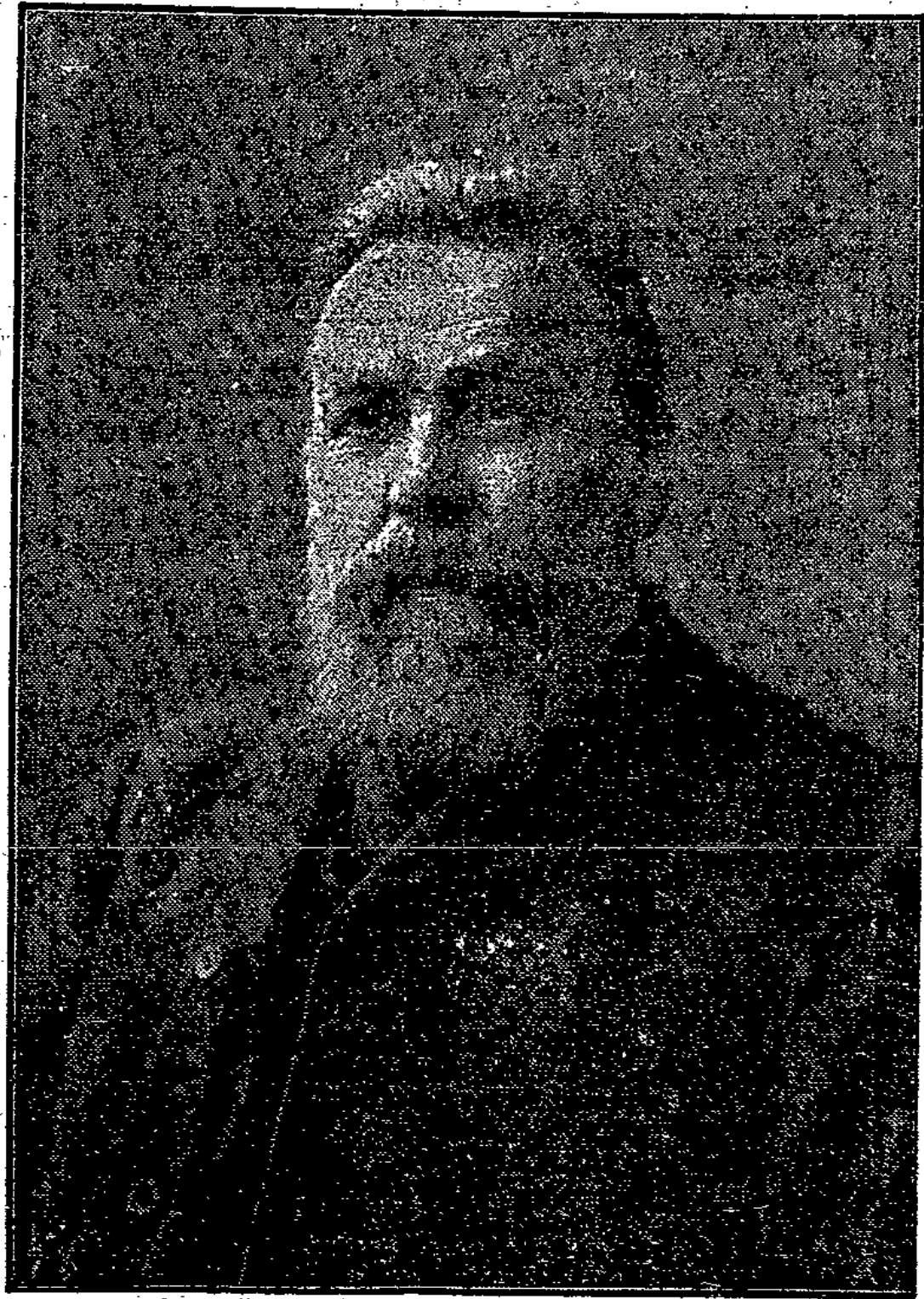
Seit etwa vier Wochen lag er zu Bett. Die Beine wollten ihn nicht mehr tragen. Die Nahrungsaufnahme wurde von Tag zu Tag mangelhafter. Er ahnte sein Ende. Aber gerade diese Erkenntnis war es, die den alten Recken, der bisher den Jahrzehnten getrotzt hatte, ohne jemals ernstlich krank gewesen zu sein, die letzten Tage so schwer machte. Als ihm Genosse Bromme Donnerstag nachmittag einen Besuch machte, war der Kranke ganz erschüttert. Der bisher eienharte Greis weinte wie ein Kind, als er dem Besucher die Hand drückte und freute sich, daß man ihn nicht vergessen. Am selben Abend schwand das Bewußtsein. Die Sehraft verlagte und er erkannte dann niemand mehr. Zwei Tage und zwei Nächte rang er mit dem Tode.

Ein reiches Leben ging zur Rüste. Von ihm gilt, was der Psalmist gesagt: „und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen“. Schwere und rastlose Arbeit hat Theodor Schwarz geleistet, bis ihn die Gebrechen des Alters von der Stätte seiner Tätigkeit verdrängten. Alle gönnten ihm von Herzen die wohlverdiente Ruhe und freuten sich, daß er trotz seines hohen Alters immer noch Anteil an den politischen Geschehnissen nahm. Jedoch diese Jahre der Ruhe waren ein Martyrium für den Unermüdlichen, weil er nur Zuschauer sein konnte. Vor allem beklagte er bitterlich, daß die Einheit des organisierten Proletariats zertrümmert worden ist.

Als ein Vollendeter ist Theodor Schwarz von uns gegangen, als einer von den Letzten der alten Garde. Wenn auch die Arbeiterbewegung in Lübeck, ebensowenig wie anderswo, das Werk eines einzelnen gewesen ist, so war Theodor Schwarz doch ihr Wegweiser. Mehr wollte er auch gar nicht sein. Es überraschte ihn bekanntlich, als man ihn 1876 ersuchte, an Stelle des Hamburger Genossen Hartmann die Reichstagskandidatur anzunehmen. Anfangs schien es, als ob Theodor ewiger Kandidat bleiben sollte. Aber aus jeder Niederlage neue Kraft schöpfend, ging er bei jeder Reichstagsneuwahl unverdrossen in den Kampf, bis es endlich 1890 gelang, das Mandat zu erobern. Mit einer langen Unterbrechung hat er 28 Jahre lang seine Vaterstadt, an der er mit großer Liebe hing und auf deren Geschichte er stolz war, im Reichstage vertreten. Daneben gehörte er von 1905 bis zum 1. Dezember vorigen Jahres der Bürgerkammer an, deren Alterspräsident er 1919 wurde. Die Eröffnungsrede der ersten Bürgerkammerperiode nach der Umwälzung ist heute noch bei Freund und Gegner in kritischer Erinnerung. Seine Hansentworte, mit denen er schloß: „Wie stahlgebür, wie mit hendör“, mögen auch weiterhin an den entscheidenden Stellen parole bleiben.

Die Lebensleistung von Theodor Schwarz ausführlich zu schildern, müssen wir uns in diesem Augenblick, da wir tief ergriffen von seiner Bahre kommen, enthalten. Sie wird auch den Lesern unseres Blattes zum großen Teil bekannt sein. Bei der Feier des 70. und des 81. Geburtstages haben wir an dieser Stelle Eingehendes berichtet, das noch nicht vergessen sein kann. Nur soviel sei noch-

mals wiederholt, daß Theodor Schwarz nicht nur ein verdienstvoller Parteigenosse, sondern auch ein ebenso tüchtiger Gewerkschaftskämpfer gewesen ist. Er war Mitbegründer und Vorsitzender des „Zentralvereins der deutschen Former“ und Redakteur von dessen Fachblatt bis zur Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verband. Damals gehörte Schwarz auch der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an. Im Reichstage vertrat er daneben noch besonders energisch die Interessen der Seeleute. War er doch seit 1858 jahrzehntelang zur See gefahren, wiederholt schiffbrüchig geworden, und hatte besonders in dem menschenfreundlichen Berufe eines Schiffstochs Hervorragendes geleistet; bis er sich von 1886 an — nach einer kurzen Tätigkeit als Speisewirt — ganz der Arbeiterbewegung widmen mußte.



Wie sein Wirken von der Lübecker Arbeitererschaft eingeschätzt wurde, geht daraus hervor, daß sie ihn bis 1903 zu allen deutschen Parteitagen und internationalen Kongressen delegiert hat. Dadurch, und als Abgeordneter, ist er weit bekannt geworden, was ganz besonders auch auf den echt sonnigen Humor dieses Prachtmenschen zurückzuführen war. Die heiteren Augen des Erzählers sind nun erloschen und sein beredter Mund ist verstummt. Schade, daß es ihm nicht vergönnt gewesen, seine „Lebenserinnerungen“ zu vollenden. Durch seine „Bilder aus Lübecks Vergangenheit“ und seine Monographien über „Jürgen Wullenweber“ und „Hinrich Paternostermaler“ hat er sich einen Namen gemacht. Theodor Schwarz war ein anfrächter, wahrhafter und lauterer Charakter. Es war nicht leicht, sein Vertrauen zu gewinnen, aber noch schwerer es zu verlieren. Was er als gut und richtig erkannt hatte, das hielt er fest und dafür trat er ein.

Und nimmt den ganzen Mann, so war er als Mensch und Persönlichkeit vom Freund geliebt, vom Gegner geachtet. Sein Wort galt etwas in Lübeck, wenn er auch nur die Armenschule besucht hatte. Sein Tod aber bedeutet einen tiefen Einschnitt in die Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung. Theodor Schwarz wird niemals vergessen werden.

Lübecks Arbeiterschaft steht trauernd an der Bahre des alten Schippers, der so lange ihr unerlöschender Vorkämpfer war. Ihn ehren wir am besten, wenn wir an seinem Sarge geloben, die Geschichte der Partei wie bisher zu führen, und nicht ruhen und rasten zu wollen, bis dereinst der Sozialismus gelehrt hat und die Menschheit von der politischen und wirtschaftlichen Knechtschaft befreit ist, bis auch der letzte unserer arbeitenden und leidenden Brüder das Leben eines freien Menschen führen darf; bis das Menschenrecht von Freiheit und Gleichheit jedem gehört, ohne Rücksicht auf Geburt und Stand. Für dieses hohe Ziel, für den Sozialismus, hat der Verstorbene ein langes, arbeitsreiches Leben eingesetzt. Diesem Ziel galt die Kraft seines Lebens und das Sehnen seines Herzens.

Theodor Schwarz ist von uns gegangen. Sein Wirken lebt fort. Sein Bild ist in das Buch der Geschichte Lübecks eingetragen, das Bild eines treuen kämpferischen Kämpfers der Arbeiterbefreiung. Ihm als Vorbild nachzustreben, muß unser aller Aufgabe sein.



# Die Theatervorlage.

Dr. L. Lübeck, 10. April.

Heute abend hat die Bürgerchaft endgültig über das Schicksal unseres Stadttheaters zu entscheiden. Staub genug hat die ganze Geschichte nachgerade aufgewirbelt. Auch ein Artikel des „Volksboten“ spielte in dem „Für und Wider“ eine große Rolle; es handelt sich um unseren Dr. L. L. Aussen „Kulturfragen“ vom 28. Februar dieses Jahres. Nicht nur der Sprecher des Bürger- und Hausbesitzerbundes hat darauf Bezug genommen; auch die bürgerlichen Blätter kamen immer wieder darauf zurück. Und viel!

Der A.-Lokal-Redakteur des „General-Anzeigers“ z. B. schreibt in der gestrigen Ausgabe seines Blattes einen langen Erguß von annähernd 200 Zeilen und nicht einem einzigen Gedanken. Aber das ist ja nichts Neues! Die „still“- und besonders die „lautvergnügte“ Kunst mancher bürgerlichen Redakteure zu schreiben, steht wohl nirgends in großem Ansehen. Und jetzt beweisen sie auch noch schwarz auf weiß, daß sie nicht einmal lesen können.

Behauptet der genannte A.-Lese- und Schreibkünstler doch, wir hätten in dem genannten Artikel das Theater „glatt abgelehnt“. Welches war denn die Meinung des „Volksboten“? Zunächst wiesen wir auf die bedenkliche Lage der Staatsfinanzen hin, die eine Erhöhung der Gaspreise erforderte; machten ferner auf so manche dringende Kulturaufgabe — wie Volksbad, billige Schulen usw. — aufmerksam; und schrieben dann wörtlich:

„Als ein Schließen des Stadttheaters? Ein solcher Beschluß hätte so schwerwiegende Folgen, daß er ebenso schwer zu fassen war, wie die unbedachte Bewilligung der drei Millionen: für 200 Personen Arbeitslosigkeit, Eingehen des städtischen Orchesters, große Ausgaben für die Unterhaltung der Gebäude. Vielleicht hat der Beschluß der Bürgerchaft auf eingehende Ausschußberatung der ganzen Theaterfrage den besten Ausweg aus dem Dilemma. Allerdings nur unter einer Bedingung: der Ausschuß muß ganze Arbeit leisten. Die zahlungsfähigen Theaterbesucher müssen bedeutend schwerer belastet werden als bisher. Andererseits ist zu verlangen, daß der großen Masse der Minderbemittelten das Theater zugänglich gemacht wird; die vor kurzem errichtete Volksbühne dürfte hierzu ein guter Anlaß sein. Ferner muß der Ausschuß die mannigfachen Anregungen in Erwägung ziehen, die hier und dort gemacht wurden, mit dem Ziel, den ganzen Theaterbetrieb wirtschaftlicher zu gestalten. Auf Einzelheiten können wir hier nicht eingehen. Zusammenfassend sind wir also der Ansicht, daß eine Bewilligung der Mittel nur dann in Frage kommen kann, wenn der nötige Zuschuß sich bedeutend vermindert, und wenn das Theater gleichzeitig in größerem Maße als bisher dem arbeitenden Volke zugute kommt. Außerdem hat auch das Theater die Pflicht, seine Angestellten menschenwürdig zu bezahlen. Keineswegs aber dürfen sie auf die Nebenbeschäftigung der Kaffeehausfingerei angewiesen sein, um sich satt essen zu können. Alle diese Punkte wird die Kommission auf das ernsthafteste durchsprechen müssen.“

Das war bei Beginn der Beratung unsere Ansicht; sie ist es heute noch. Und der Ausschuß für Kunst und Wissenschaft hat sie zu der seinigen gemacht. Er sprach den ganzen Voranschlag nach den genannten Gesichtspunkten durch. Er beriet mit allen in Betracht kommenden Instanzen; auch mit dem technischen Personal, den Betriebsräten usw. Und er kam sehr bald zu dem Ergebnis, daß manche Mißstände im Theaterbetrieb — wie überall — beseitigt werden können; daß aber die dadurch möglichen Ersparnisse gegenüber den infolge der wachsenden Geldentwertung steigenden Unkosten überhaupt nicht ins Gewicht fallen werden. Was hat es für einen Sinn, in einem Voranschlag eine halbe Million zu streichen, wenn jeder im voraus bestimmt weiß, daß nach einem halben Jahr nicht nur diese halbe Million, sondern noch viel mehr nachbewilligt werden muß? Die Vertreter sämtlicher Parteien mußten sich diesem Standpunkte anschließen; sehr bald war sich der gesamte Ausschuß darüber klar, daß es sich bei den Beratungen nicht um die Verminderung der zu bewilligenden Summe handelte (darüber lassen sich überhaupt keine bestimmten Angaben machen), sondern um das Theater selbst.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben auch die gesamten bürgerlichen Ausschußmitglieder (Ziel Kolke zählt in diesem Zusammenhang nicht) für die Vorlage gestimmt.

Die bürgerlichen Fraktionen allerdings sängen nun mit einer merkwürdigen Politit an. Sie erklärten sich für die Weiterführung des Theaters; die Vorlage in ihrer jetzigen Form aber lehnten sie ab. Sie verlangten eine Verminderung des Zuschusses; andererseits aber gaben sie zu — wie es ja auch selbstverständlich ist — daß das notwendige Ansehen der Löhne und Gehälter und sämtlicher anderen Unkosten eine Erhöhung zur unabwendbaren Notwendigkeit mache. Wer macht sich seinen Reim darauf?

Die Sache liegt sehr einfach. Die Herren aus dem „vornehmen“ Bürgertum wollen zwar das Theater aufrecht erhalten; aber sie haben allerlei Reformen damit im Sinn. Sie möchten es wieder zu einer Domäne der nationalen Clique um Da Hog-Ed machen. Dazu müßte der jetzige Direktor abgesetzt, und ein anderer — man spricht schon von dem und jenem „gekauften“ Nachfolger — eingesetzt werden.

Politische Intrigue war also die Triebfeder der Einstellung derer um Broden und Behn. Und die Demokraten? Sie hatten keine Meinung von dem wirklichen Zusammenhang der Dinge. Und da sie seit längerer Zeit ihren plebsbürgerlichen Ehrgeiz dadurch befriedigen, daß sie den Häuptlingen des Hausbesitzer- und Bürgerbunds Kritikreifeitorenzen machen, wurden sie die Hauptträger im Streite. Nicht um das Theater, sondern um die „Reform“ des Theaters. Man muß ihnen allerdings vergeihen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Die vorjährige Zurückhaltung ihrer „Freunde“ von rechts hätte ihnen allerdings einen kleinen Anreiz geben müssen, etwas tiefer zu denken als die Herren um Dietrich, deren Vorrecht es ja bekanntlich ist, viel zu schreiben ohne zu denken.

Daß unter diesen Umständen für die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion eine völlig neue Lage geschaffen war, ist selbstverständlich. Und auch diejenigen unserer Genossen, die des Theater nicht für so wichtig halten, um eine Millionenausgabe zu rechtfertigen, hielten es für ihre Pflicht,

# Der Beginn der Konferenz von Genua.

## Der Verlauf der ersten Konferenzsitzung.

II. Genua, 10. April.

Die heutige Sitzung wird sich folgendermaßen abspielen: Der Ministerpräsident de Facta wird eine kurze Begrüßungsansprache halten. Darauf wird Lloyd George seine Wahl durch Akklamation vorschlagen. Nach der Wahl wird de Facta eine groß angelegte Rede halten, in der Italiens Stellungnahme begründet wird und festgestellt, daß das Stattfinden der Genuaer Konferenz auf Annahme der Beschlüsse von Cannes aufgebaut sei. Darauf wird Lloyd George seine mit Spannung erwartete Rede halten, in der er ausdrücklich auf das Abrüstungsprogramm im Hinblick auf die Ostseestaaten zu sprechen kommen wird. Dann wird Barthou das Wort für Frankreich ergreifen, Theunis wird für Belgien sprechen und schließlich werden Tischfischerin für Rußland und Wirth für Deutschland zu Worte kommen.

Außer den vier Hauptkommissionen, deren Ehrenpräsidenten die einladenden Mächte stellen werden, werden noch drei weitere Kommissionen gebildet werden: eine fünfte für die Justiz, eine sechste für die Redaktion der Beschlüsse und eine siebente für die Beglaubigung der Vollmachten. Diese Tagesordnung hat auch die Billigung der kleinen Entente gefunden, die auch unter Benech gleichzeitig tagte.

### Die offizielle Konferenzsprache.

II. Genua, 10. April.

Es ist vereinbart worden, daß als offizielle Konferenzsprache französisch und englisch gelten werden. Ebenso ist die italienische Sprache zugelassen.

den Kampf gegen die unter der Oberfläche wirkende Intrigue mit aller Kraft zu unterstützen. Daher die einmütige Haltung der sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglieder! Wären die Kommunisten nicht rein äußerlich auf Agitation eingestellt, so hätten auch sie ihre Stellung ändern müssen. Und es scheint fast, daß sie die politisch-prinzipielle Frage sehr wohl begriffen haben, ihr Sprecher Noß ließ wenigstens allerlei durchblicken.

Leider hat, nach unserer Ansicht, unsere Fraktion nicht früh genug die Hinterhältigkeit der bürgerlichen Opposition erkannt und bekämpft. Sonst hätte sie von Anfang an die bürgerlichen Parteien zwingen müssen, sich für oder gegen das Theater zu entscheiden. Sie hätte von vornherein erklären müssen, unter keinen Umständen allein die Verantwortung für solch gewagtes Unternehmen, wie die Fortführung des Theaters unter den gegenwärtigen Verhältnissen es ist, tragen zu wollen. Ob die interfraktionellen Besprechungen solcher Art irgend eine Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, ist bei der Veranlagung unserer bürgerlichen Fraktionen und ihrer Führer zweifelhaft. Denn was nützen alle Beratungen, wenn die Parteien ihre Vertreter im Stich lassen, wenn Bürgerchaftsmitglieder in einem Ausschuß für eine Sache stimmen und in der Vollziehung dagegen? Das ist nicht mehr parlamentarische Wohlwollständigkeit, das ist nichts anderes als parlamentarischer Kretinismus.

## Reine gemeinsamen Kundgebungen!

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

Die Konferenz der drei Exekutivkomitees der Internationalen hat beschlossen, daß am 20. April und, wo dies aus technischen und organisatorischen Gründen nicht möglich ist, am 1. Mai in allen Ländern „kraftvolle, möglichst geeinte Massenkundgebungen“ für die in dem gemeinsamen Aufruf festgestellten Forderungen veranstaltet werden sollen, die auch bereits in dem Mai-Aufruf des deutschen Parteivorstandes enthalten sind.

Die KPD-Zentrale richtet nun an den deutschen Parteivorstand die Aufforderung, am 20. April in Deutschland gemeinsame Massenkundgebungen zu veranstalten. Hierzu hat der Parteivorstand folgendermaßen Stellung genommen:

In dem Neunerkomitee der Internationalen Konferenz haben die Vertreter der Zweiten Internationale bereits darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Ländern und auch in zahlreichen deutschen Städten es nicht möglich sein wird, an zwei so kurz aufeinanderfolgenden Tagen — 20. April und 1. Mai — eindrucksvolle Kundgebungen zu veranstalten. Sie erklärten sich jedoch mit gemeinsamen Kundgebungen durchaus einverstanden, wenn die Gemeinsamkeit in allen Ländern garantiert würde.

Das Scheiterte an der Ablehnung der kommunistischen Internationale, die sich weigerte, auch für Rußland die Gemeinsamkeit der Kundgebungen mit Menschewitsch und Sozialrevolutionären zuzugestehen. Deshalb wurde in der gemeinsamen Resolution von der Verpflichtung zu gemeinsamen Kundgebungen Abstand genommen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands lehnte es ab, in Deutschland gemeinsame Kundgebungen mit den Anhängern der Dritten Internationale zu veranstalten, während in Rußland unsere Parteigenossen gewalttätig verhindert werden, an den gleichen Kundgebungen teilzunehmen. Er fordert die Parteioorganisationen allerorts auf, zur Frage der Kundgebung am 20. April bezw. 1. Mai Stellung zu nehmen. Gemeinsame Kundgebungen kann der Parteivorstand aus den oben angeführten Gründen nicht empfehlen.

## Irland vor neuen Bürgerkriegen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das jahrhundertlang so schwergeprüfte Irland nicht zur Ruhe kommen soll. Es wird für den Kenner des irischen Volkes keine Ueberraschung sein, wenn es eines Tages zu erneuten Bürgerkriegen kommt. Was keinem britischen Staatsmann gelänge, ist dem Lloyd George gescheit. Er hat die unverstehlichen protestantischen Nord-Iren, die englischer als die Engländer sind, dahin gebracht, daß sie sich verschließen, mit den Bewohnern des irischen Irlands in Ruhe und Frieden zu leben. Am kommt es täglich zu Blatvergießen und Schießereien zwischen den Iren innerhalb des irischen Irlands. Die Republikaner unter Führung de Valeras wollen

## Lloyd Georges Abrüstungsplan.

II. Genua, 10. April.

Lloyd Georges soll in einer Rede seinen Freunden gegenüber erklärt haben, die ganze Welt werde aufhorchen, wenn seine Pläne zur Herbeiführung des wahren Völkerfriedens bekannt werden. Daraufhin habe die französische Delegation sofort erklärt, daß auch sie auf das Wort nicht verzichten könne, und daß die französische Stimme vor dem Forum der Welt zu ihrem Rechte komme.

Lloyd Georges will, wie ihm naheliegende Kreise verkünden, eine allgemeine Abrüstung Europas, vor allem der Neutralen und Balken vorschlagen, um auf diesem Wege Rußland entgegenzukommen und es dadurch zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Frankreich stelle die Bedingung, bei dieser allgemeinen Abrüstung zum Teil ausgenommen zu sein, und es scheint, daß Lloyd George in dieser Frage zu gewissen Konzessionen bereit ist. Man nimmt an, daß die heutige Eröffnungssitzung bis in die späte Nacht hinein dauern wird.

## Positive Mitarbeit der Russen.

II. Genua, 10. April.

Die russische Delegation wurde gestern im Wagnitz Palais vom Ministerpräsidenten Poincare und dem italienischen Außenminister Schanzer empfangen. Die Verhandlung dauerte eine Stunde und war von großem Nutzen. Sie bewies, daß die Russen bereit sind, im allgemeinen Interesse den Erfolg der Konferenz zu sichern. Bei der Darlegung ihrer Pläne und Absichten bekräftigte die russische Delegation den Willen, auf beschleunigter Weise mitzuarbeiten, um zu einem guten Ergebnis zu gelangen.

sich nicht zufriedengeben, daß die übergroße Majorität der Einwohner des Irischen Freistaates mit dem Erreichten sich abzufinden. Man ist im allgemeinen der Ansicht, daß bei den kommenden Wahlen die Republikaner sehr schlecht abschnitten werden. So lauter und aufdringlicher sind die Kampfmethoden. Den Iren an Mannschaften und Mitteln fehlt, sandten die Iren in Amerika dieser Tage an de Valera weitere 5000 Pfund Sterling für den Kampffonds. Volksbewegungen jedoch, die finanziert werden müssen, haben selten Aussicht auf nennenswerte Erfolge.

## Der Appetit des Privatkapitals.

### Ein neuer Angriff auf die Staatseisenbahn.

Der Reichsregierung ist vor einiger Zeit im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für Genua vom Reichsverband der Industrie ein von Unterstaatssekretär Bruns, Generaldirektor Henrich, Geheimrat Martiny, Dr. Wilm und Eisenbahndirektionspräsident a. D. Schaeffgen erstelltes Gutachten über die deutsche Eisenbahnfrage übergeben worden, das voraussichtlich morgen zur Veröffentlichung gelangt. Wie die U. erfährt, sieht das Gutachten den gangbarsten Weg zum Wiederaufbau unseres Eisenbahnwesens in der Form einer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaft mit überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft und unter unbedingter Ablehnung des ausländischen Einflusses auf das deutsche Eisenbahnwesen.

## Es ist erreicht.

### Einfuhr von Weizen- und Roggenmehl freigegeben.

Folgende Mitteilung wird aus Berlin bekanntgegeben: Nachdem sich in letzter Zeit ergeben hat, daß der Preis für ausländisches Mehl teils billiger ist als für einheimisches, wurde die Einfuhr von Weizenmehl und Roggenmehl aus dem Auslande bis auf weiteres zugelassen. Für diese Einfuhr bedarf es besonderer Einfuhrbewilligung nicht mehr. Die Zollbehörden werden entsprechend angewiesen, Mehl hereinzulassen.

Die offene und geheime Preistreiberei hat es also möglich dahin gebracht, daß die im Inland erzeugte Brotfrucht teurer ist als die ausländische. Das war das Ziel der Agrarier und es fehlt nur noch, daß deren Vertreter ihren Antrag im Reichstag einbringen, wieder agrarische Schutzgölle einzuführen. Denn der Profit der „Staatsschützen“ ist doch das Ding, um das sich die Welt dreht.

## Furchtbares Explosionsunglück auf Hütte Gleiwitz.

Gleiwitz, 10. April.

Der Güttenfriedhof der staatlichen Hütte Gleiwitz war am Sonntag gegen Mittag der Schauplatz eines furchtbaren Unglücks. Französische Besatzungstruppen, die dort in der Nähe bezogen, in den nahegelegenen Gräbern ein Waffenlager entdeckten, hielten eine Durchsuchung dieser Stätten ab. Wie lautet, sollen hierbei die durchsuchenden Truppen auf Explosionskörper gestoßen sein, der unter ungeheurer Detonation explodierte und dabei die Friedhofskapelle und die Gräber in ein Trümmerfeld verwandelte. Die Kapelle und die darin anwesenden Soldaten wurden fast sämtlich ein Opfer der Katastrophe. Wie wir hierzu erfahren, sollen aus den mern bisher 23 Tote und 10 schwerverletzte französische Soldaten worden sein. Auch der französischerseits zur Führung der Truppen herangezogene Bohrermeister der Hütte ist ein Opfer dieses Unglücks geworden. Das Gelände wurde sofort von Beamten abgesperrt. Ebenso werden die Aufräumungsarbeiten durch diese Beamten durchgeführt. Angefächis dieses Todes hat der Kreisrat von Gleiwitz-Stadt sofort Sondermaßnahmen getroffen und die Schließung sämtlicher Volkshäuser 8 Uhr abends angeordnet. Sämtliche Theater mußten geschlossen und die musikalischen Veranstaltungen mußten um 6 Uhr abgebrochen werden. Wie verlautet, steht zu erwarten, daß heute ab neuerdings der Belagerungszustand über Gleiwitz und Sand verhängt werden wird.

Gleiwitz, 10. April.

Das Explosionsunglück soll durch Explodieren eines einzigen Handgranatenmagazins erfolgt sein. Von anderer Seite wird gemeldet, daß das Unglück durch die Explosion von zwei Granaten wurde, die in einer alten Grube unter dem Boden vergraben waren.







# Die Theatervorlage.

Dr. L. Lübed, 10. April.

Heute abend hat die Bürgerschaft endgültig über das Schicksal unseres Stadttheaters zu entscheiden. Staub genug hat die ganze Geschichte nachgerade aufgewirbelt. Auch ein Artikel des „Volksboten“ spielte in dem „Für und Wider“ eine große Rolle; es handelte sich um unseren Dr. L. Aufsatz „Kulturfragen“ vom 28. Februar dieses Jahres. Nicht nur der Sprecher des Bürger- und Hausbesitzerbundes hat darauf Bezug genommen; auch die bürgerlichen Blätter kamen immer wieder darauf zurück. Und wie!

Der A.-Lokal-Redakteur des „General-Anzeigers“ z. B. schreibt in der gestrigen Ausgabe seines Blattes einen langen Erguß von annähernd 300 Zeilen und nicht einem einzigen Gedanken. Aber das ist ja nichts Neues! Die „still“- und besonders die „lautvergnügte“ Kunst mancher bürgerlichen Redakteure zu schreiben, steht wohl nirgends in großem Ansehen. Und jetzt beweisen sie auch noch schwarz auf weiß, daß sie nicht einmal lesen können.

Behauptet der genannte A.-Leser und Schreibkünstler doch, wir hätten in dem genannten Artikel das Theater „glatt abgelehnt“. Welches war denn die Meinung des „Volksboten“? Zunächst wiesen wir auf die bedenkliche Lage der Staatsfinanzen hin, die eine Erhöhung der Gaspreise erforderte; machten ferner auf so manchen dringende Kulturaufgabe — wie Volkshoch, billige Schulen usw. — aufmerksam; und schrieben dann wörtlich:

„Als ein Schließen des Stadttheaters? Ein solcher Beschluß hätte so schwerwiegende Folgen, daß er ebenso schwer zu fassen war, wie die unbelebte Bewilligung der drei Millionen: für 200 Personen Arbeitslosigkeit, Eingehen des städtischen Orchesters, große Ausgaben für die Unterhaltung der Gebäude. Vielleicht hat der Beschluß der Bürgerschaft auf eingehende Ausschußberatung der ganzen Theaterfrage den besten Ausweg aus dem Dilemma. Allerdings nur unter einer Bedingung: der Ausschuß muß ganze Arbeit leisten. Die zahlungsfähigen Theaterbesucher müssen bedeutend schwerer belastet werden als bisher. Andererseits ist zu verlangen, daß der großen Masse der Mindevermittelten das Theater zugänglich gemacht wird; die vor kurzem errichtete Volksbühne dürfte hierzu ein guter Anhalt sein. Ferner muß der Ausschuß die mannigfachen Anregungen in Erwägung ziehen, die hier und dort gemacht wurden, mit dem Ziel, den ganzen Theatervetrieb wirtschaftlicher zu gestalten. Auf Einzelheiten können wir hier nicht eingehen. Zusammenfassend sind wir also der Ansicht, daß eine Bewilligung der Mittel nur dann in Frage kommen kann, wenn der nötige Zuschuß sich bedeutend vermindert, und wenn das Theater gleichzeitig in größerem Maße als bisher dem arbeitenden Volke zugute kommt. Außerdem hat auch das Theater die Pflicht, seine Angestellten menschenwürdig zu bezahlen. Keineswegs aber dürfen sie auf die Nebenbeschäftigung der Kaffeehauskellner angewiesen sein, um sich satt essen zu können. Alle diese Punkte wird die Kommission auf das ernsthafteste durchsprechen müssen.“

Das war bei Beginn der Beratung unsere Ansicht; sie ist es heute noch. Und der Ausschuß für Kunst und Wissenschaft hat sie zu der seinigen gemacht. Er sprach den ganzen Voranschlag nach den genannten Gesichtspunkten durch. Er beriet mit allen in Betracht kommenden Instanzen; auch mit dem technischen Personal, den Betriebsräten usw. Und er kam sehr bald zu dem Ergebnis, daß manche Mißstände im Theaterbetrieb — wie überall — beseitigt werden können; daß aber die dadurch möglichen Ersparnisse gegenüber den infolge der wachsenden Geldentwertung steigenden Unkosten überhaupt nicht ins Gewicht fallen werden. Was hat es für einen Sinn, in einem Voranschlag eine halbe Million zu streichen, wenn jeder im voraus bestimmt weiß, daß nach einem halben Jahr nicht nur diese halbe Million, sondern noch viel mehr nachbewilligt werden muß? Die Vertreter sämtlicher Parteien mußten sich diesem Standpunkte anschließen; sehr bald war sich der gesamte Ausschuß darüber klar, daß es sich bei den Beratungen nicht um die Verminderung der zu bewilligenden Summe handelte (darüber lassen sich überhaupt keine bestimmten Angaben machen), sondern um das Theater selbst.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben auch die gesamten bürgerlichen Ausschußmitglieder (Zl. Kolke zählt in diesem Zusammenhang nicht) für die Vorlage gestimmt.

Die bürgerlichen Fraktionen allerdings fingen nun mit einer merkwürdigen Polittik an. Sie erklärten sich für die Weiterführung des Theaters; die Vorlage in ihrer jetzigen Form aber lehnten sie ab. Sie verlangten eine Verminderung des Zuschusses; andererseits aber gaben sie zu — wie es ja auch selbstverständlich ist — daß das notwendige Anschwellen der Löhne und Gehälter und sämtlicher anderen Unkosten eine Erhöhung zur unabwiesbaren Notwendigkeit mache. Wer macht sich seinen Reim darauf?

Die Sache liegt sehr einfach. Die Herren aus dem „vornehmen“ Bürgertum wollen zwar das Theater aufrecht erhalten; aber sie haben allerlei Reformen damit im Sinn. Sie möchten es wieder zu einer Domäne der nationalen Clique um Jda Boy-Ed machen. Dazu möchte der jetzige Direktor abgesetzt, und ein anderer — man spricht schon von dem und jenem „gegnungstüchtigen“ Nachfolger — eingesetzt werden.

Politische Intrigue war also die Triebfeder der Einstellung derer um Broden und Behn. Und die Demokraten? Sie hatten keine Ahnung von dem wirklichen Zusammenhang der Dinge. Und da sie seit längerer Zeit ihren spießbürgerlichen Ehrgeiz dadurch befriedigen, daß sie den Hänfling des Hausbesitzer- und Bürgerbunds Marktschreierkonferenz machen, wurden sie die Hauptträger im Streite. Nicht um das Theater, sondern um die Reform des Theaters. Man muß ihnen allerdings verzeihen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Die vorläufige Zurückhaltung ihrer „Freunde“ von rechts hätte ihnen allerdings einen kleinen Anreiz geben müssen, etwas tiefer zu denken als die Herren um Dietrich, deren Vorrecht es ja bekanntlich ist, viel zu schreiben ohne zu denken.

Daß unter diesen Umständen für die sozialdemokratische Bürgerfraktion eine völlig neue Lage geschaffen war, ist selbstverständlich. Und auch diejenigen unserer Genossen, die das Theater nicht für so wichtig halten, um eine Millionenausgabe zu rechtfertigen, hielten es für ihre Pflicht,

# Der Beginn der Konferenz von Genua.

## Der Verlauf der ersten Konferenzsitzung.

II. Genua, 10. April.

Die heutige Sitzung wird sich folgendermaßen abspielen: Der Ministerpräsident de Facta wird eine kurze Begrüßungsansprache halten. Darauf wird Lloyd George seine Wahl durch Affirmation vorschlagen. Nach der Wahl wird de Facta eine groß angelegte Rede halten, in der die Italiens Stellungnahme begründet wird und feststellen, daß das Stattfinden der Genuefer Konferenz auf Annahme der Beschlüsse von Cannes aufgebaut sei. Darauf wird Lloyd George seine mit Spannung erwartete Rede halten, in der er ausdrücklich auf das Abrüstungsprogramm im Hinblick auf die Oststaaten zu sprechen kommt wird. Dann wird Barthou das Wort für Frankreich ergreifen, Theunis wird für Belgien sprechen und schließlich werden Tischtscherin für Rußland und Birch für Deutschland zu Worte kommen.

Außer den vier Hauptkommissionen, deren Ehrenpräsidenten die einladenden Mächte stellen werden, werden noch drei weitere Kommissionen gebildet werden: eine fünfte für die Justiz, eine sechste für die Redaktion der Beschlüsse und eine siebente für die Beglaubigung der Vollmachten. Diese Tagesordnung hat auch die Billigung der kleinen Entente gefunden, die auch unter Beneß gleichzeitig tagte.

## Die offizielle Konferenzsprache.

II. Genua, 10. April.

Es ist vereinbart worden, daß als offizielle Konferenzsprache französisch und englisch gelten werden. Ebenso ist die italienische Sprache zugelassen.

den Kampf gegen die unter der Oberfläche wirkende Intrigue mit aller Kraft zu unterstützen. Daher die einmütige Haltung der sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder! Wären die Kommunisten nicht rein äußerlich auf Agitation eingestellt, so hätten auch sie ihre Stellung ändern müssen. Und es scheint fast, daß sie die politisch-prinzipielle Frage sehr wohl begriffen haben, ihr Sprecher R o ß ließ wenigstens allerlei durchblicken.

Leider hat, nach unserer Ansicht, unsere Fraktion nicht früh genug die Hinterhältigkeit der bürgerlichen Opposition erkannt und bekämpft. Sonst hätte sie von Anfang an die bürgerlichen Parteien zwingen müssen, sich für oder gegen das Theater zu entscheiden. Sie hätte von vornherein erklären müssen, unter keinen Umständen allein die Verantwortung für solch gewagtes Unternehmen, wie die Fortführung des Theaters unter den gegenwärtigen Verhältnissen es ist, tragen zu wollen. Ob die interfraktionellen Besprechungen solcher Art irgend eine Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, ist bei der Veranlagung unserer bürgerlichen Fraktionen und ihrer Führer zweifelhaft. Denn was nützen alle Beratungen, wenn die Parteien ihre Vertreter im Stich lassen, wenn Bürgerschaftsmitglieder in einem Ausschuß für eine Sache stimmen und in der Vollziehung dagegen? Das ist nicht mehr parlamentarische Wohlstandigkeit, das ist nichts anderes als parlamentarischer Kretinismus.

## Reine gemeinsamen Rundgebungen!

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

Die Konferenz der drei Exekutivkomitees der Internationalen hat beschlossen, daß am 20. April und, wo dies aus technischen und organisatorischen Gründen nicht möglich ist, am 1. Mai in allen Ländern „kraftvolle, möglichst geeinte Massenrundgebungen“ für die in dem gemeinsamen Aufruf festgestellten Forderungen veranstaltet werden sollen, die auch bereits in dem Mai-Aufruf des deutschen Parteivorstandes enthalten sind.

Die KPD-Zentrale richtet nun an den deutschen Parteivorstand die Aufforderung, am 20. April in Deutschland gemeinsame Massenrundgebungen zu veranstalten. Hierzu hat der Parteivorstand folgendermaßen Stellung genommen:

In dem Neunerkomitee der Internationalen Konferenz haben die Vertreter der Zweiten Internationale bereits darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Ländern und auch in zahlreichen deutschen Städten es nicht möglich sein wird, an zwei so kurz aufeinanderfolgenden Tagen — 20. April und 1. Mai — eindrucksvolle Rundgebungen zu veranstalten. Sie erklärten sich jedoch mit gemeinsamen Rundgebungen durchaus einverstanden, wenn die Gemeinsamkeit in allen Ländern garantiert würde.

Das scheiterte an der Ablehnung der kommunistischen Internationale, die sich weigerte, auch für Rußland die Gemeinsamkeit der Rundgebungen mit Menschewitsch und Sozialrevolutionären zuzugestehen. Deshalb wurde in der gemeinsamen Resolution von der Verpflichtung zu gemeinsamen Rundgebungen Abstand genommen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands lehnte es ab, in Deutschland gemeinsame Rundgebungen mit den Anhängern der Dritten Internationale zu veranstalten, während in Rußland unsere Parteigenossen gewaltsam verhindert werden, an den gleichen Rundgebungen teilzunehmen. Er fordert die Parteiorganisationen allerorts auf, zur Frage der Rundgebung am 20. April bezw. 1. Mai Stellung zu nehmen. Gemeinsame Rundgebungen kann der Parteivorstand aus den oben angeführten Gründen nicht empfehlen.

## Irland vor neuen Bürgerkriegen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das jahrhundertlang so schwergeprüfte Irland nicht zur Ruhe kommen soll. Es wird für den Rest des irischen Volkes keine Hebung sein, wenn es eines Tages zu erneuten Bürgerkriegen kommt. Was keinem britischen Staatsmann gelungen, dem Lloyd George gelang. Er hat die unerföhrlichen postkautischen Nord-Iren, die englischer als die Engländer sind, dahin gebracht, daß sie sich verpflichteten, mit den Bewohnern des irischen Freistaates in Ruhe und Frieden zu leben. Nun kommt es täglich zu Blutvergießen und Schießereien zwischen den Iren innerhalb des irischen Freistaates. Die Republikaner unter Führung de Valeras wollen

## Lloyd Georges Abrüstungsplan.

II. Genua, 10. April.

Lloyd Georges soll in einer Rede seinen Freunden gegenüber erklärt haben, die ganze Welt werde aufhören, wenn seine Pläne zur Herbeiführung des wahren Völkerrichts geäußert werde. Daraufhin habe die französische Delegation fort erklärt, daß auch sie auf das Wort nicht verzichten könne, und daß die französische Stimme vor dem Forum der Welt zu ihrem Rechte komme.

Lloyd Georges will, wie ihm nahestehende Kreise berichten, eine allgemeine Abrüstung Europas, vor allem der Meeresmächte und Polen vorschlagen, um auf diesem Wege England entgegenzukommen und es dadurch zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Frankreich stelle die Bedingung, bei dieser allgemeinen Abrüstung zum Teil ausgenommen zu sein, und es scheint, daß Lloyd George in dieser Frage zu gewissen Konzessionen bereit ist. Man nimmt an, daß die heutige Eröffnungssitzung bis in die späte Nacht hinein dauern wird.

## Positive Mitarbeit der Russen.

II. Genua, 10. April.

Die russische Delegation wurde gestern im königlichen Palais vom Ministerpräsidenten Poincare und dem italienischen Außenminister Schanzer empfangen. Die Verhandlung dauerte eine Stunde und war von großem Nutzen. Sie bewies, daß die Russen bereit sind, im allgemeinen Interesse den Erfolg der Konferenz zu sichern. Bei der Darlegung ihrer Pläne und Absichten bekundete die russische Delegation den Willen, auf beschleunigste Weise mitzuarbeiten, um zu einem guten Ende zu gelangen.

sich nicht zufriedengeben, daß die übergroße Majorität der wohnen des irischen Freistaates mit dem Erreichen sich abgeben. Man ist im allgemeinen der Ansicht, daß bei den kommenden Wahlen die Republikaner sehr schlecht abschneiden werden. So lauter und aufdringlicher sind die Kampfmethoden. Die Iren an Mannschaften und Mitteln fehlt, landt die Iren Amerika dieser Tage an de Valera weitere 3000 Pfund Sterling für den Kampffonds. Volksbewegungen jedoch, die stattfinden werden müssen, haben selten Aussicht auf nennenswerte Erfolge.

## Der Appetit des Privatkapitals.

Ein neuer Angriff auf die Staatseisenbahn.

Der Reichsregierung ist vor einiger Zeit im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für Genua vom Reichsminister der Industrie ein von Unterstaatssekretär Dr. Generaldirektor Henrich, Geheimrat Martiny, Dr. Schaeven und Eisenbahndirektionspräsident a. D. Schaewen erstelltes Gutachten über die deutsche Eisenbahnfrage übergeben worden, das voraussichtlich morgen zur Veröffentlichung gelangt. Wie die Z. erfährt, sieht das Gutachten den gangbaren Weg zum Wiederaufbau unseres Eisenbahnwesens in der Form einer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaft mit überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft unter unbedingter Ablehnung des ausländischen Einflusses auf das deutsche Eisenbahnwesen.

## Es ist erreicht.

Einfuhr von Weizen- und Roggenmehl freigegeben.

Folgende Mitteilung wird aus Berlin bekanntgegeben: Nachdem sich in letzter Zeit ergeben hat, daß der Preis für ausländisches Mehl teils billiger ist als für einheimisches, wurde die Einfuhr von Weizenmehl und Roggenmehl aus dem Auslande bis auf weiteres zugelassen. Für diese Einfuhr bedarf es besonderer Einfuhrbewilligung nicht mehr. Die Zollbehörden werden entsprechend angewiesen, Mehl hereinzulassen.

Die offene und geheime Preistreiberi hat es also endlich dahin gebracht, daß die im Inland erzeugte Brotgetreide teurer ist als die ausländische. Das war das Ziel der Agrarier und es fehlt nur noch, daß deren Vertreter einen Antrag im Reichstag einbringen, wieder agrarische Schutzölle einzuführen. Denn der Profit der „Schutzölle“ ist doch das Ding, um das sich die Welt dreht.

## Furchtbares Explosionsunglück auf Hütte Gleiwitz.

Gleiwitz, 10. April.

Der Hüttenfriedhof der staatlichen Hütte Gleiwitz war am Sonntag gegen Mittag der Schauplatz eines furchtbaren Unglücks. Französische Besatzungstruppen, die dort in der Nähe von den nahegelegenen Gräften ein Waffenlager aufstellten, hielten eine Durchsuchung dieser Stätten ab. Während dieser hierbei die durchsuchenden Truppen auf Explosionskörper gestoßen sein, der unter ungeheurer Detonation explodierte und dabei die Friedhofskapelle und die Gräfte in Trümmerfeld verwandelte. Die die Kapelle und die durchsuchenden Soldaten wurden fast sämtlich ein Opfer der Katastrophe. Wie wir hierzu erfahren, sollen aus den mehr bisher 23 Tote und 10 schwerverletzte französische Soldaten geborgen worden sein. Auch der französische Major der Truppen herangezogene Bofmeister der Hütte ist ein dieses Unglücks geworden. Das Gelände wurde sofort von Beamten abgesperrt. Ebenso werden die Aufräumungsarbeiten durch diese Beamten durchgeführt. Angehts dieses Vorfalles hat der Kreisinspektor von Gleiwitz-Stadt sofort Sondernachrichten geteilt und die Schließung sämtlicher Volkshäuser 8 Uhr abends angeordnet. Sämtliche Theater mußten schließen und die musikalischen Veranstaltungen mußten um 6 Uhr abgebrochen werden. Wie verlautet, steht zu erwarten, daß heute ab neuerdings der Belagerungszustand über die Stadt und Land verhängt werden wird.

Gleiwitz, 10. April.

Das Explosionsunglück soll durch Explodieren eines nischen Handgranatenlagers erfolgt sein. Von anderer Seite wird gemeldet, daß das Unglück durch die Explosion von zwei Granaten wurde, die in einer alten Grube unter der Erde vergraben waren.



# Um die Neugliederung des Reiches.

Breslau, 7. April. (Eigener Drahtbericht.)

In der Breslauer „Volkswacht“ nimmt der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, der frühere bayerische Innenminister, Genosse Auer, zu der umstrittenen Frage der Neugliederung des Reiches Stellung. Er wendet sich gegen die formaljuristische Behandlung der Fragen der Reichseinheit, durch die die finanzielle Erdrückung der Länder und Gemeinden nicht gemildert werden kann. Eine solche einheitliche Leitung des Reiches, wie wir sie brauchen, sei auf die Dauer nicht möglich, wenn der Komplex Preußen unangetastet bleibe. Man müsse sich darüber klar sein, daß bei der heutigen Größe Preußens aus den Verhältnissen selbst eine weitgehende Mitbestimmung der Reichspolitik durch preußische Instanzen sich ergebe, auf die die Reichsregierung wegen der Durchführung ihrer Maßnahmen besondere Rücksicht nehmen müsse. Es freie gelegentlich eine Verwischung der Kompetenzen ein, aus der sich eine Undurchsichtigkeit der Verwaltung und eine Ausschließlichkeit aller Bemühungen und demokratischen Kontrolle ergeben. Man wisse manchmal nicht mehr, wofür der Reichsinnenminister, und wofür der preußische Minister die Verantwortung trage, zumal ja die Größe des preußischen Verwaltungsgebietes eine halbe Autonomie der Provinzen notwendig mache, und so das Gewirke der Instanzen sich noch vermehre.

Au sich sei es ein großer Fortschritt, daß allzu kleine Flecken auf der Länderkarte verschwinden; aber Auer kann im Gegenzug zu Braun und Severing nicht wünschen, daß dieser Fortschritt erzielt wird durch ein Aufgehen dieser Länder in dem organisch gewordenen Gebilde Preußen. Ein solches Aufgehen würde das Übergewicht Preußens nur verstärken und damit alle geschichtlichen Gefahren noch vergrößern. Nur eine organische Neugliederung des Reiches könne die Beseitigung der durch dynastische Interessen geschaffenen Kleinstaaterei bewirken, ohne für die Reichseinheit vermehrte Gefahren zu schaffen. Die Zerlegung Preußens in autonom deutsche Länder sei augenblicklich keine Aufgabe für heute und morgen, aber ein Ziel für übermorgen, daß man schon bei den heute notwendigen Entscheidungen berücksichtigen müsse. Der Kampf gegen die Partikularisten für den Gedanken der Dezentralisation der deutschen Einheitsrepublik, in dem Auer bekanntlich in vorberster Front steht, muß seiner Meinung nach verloren gehen, wenn mit dem Dualismus zwischen preußischer und Reichsverwaltung die häufigen Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigt werden. Die Redaktion der „Volkswacht“ verweist auf die Bedeutung der Ausführungen für die schließliche Frage.

# Bundestag des Deutschen Beamtenbundes.

SPD. Berlin, 7. April. (Drahtmelde.)

Die Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes wurde am Freitag fortgesetzt. Als erster sprach Menne, der scharfe Anzettel gegen die bisherige Politik des Beamtenbundes richtete und die Forderung nach einer klaren Scheidung der Interessengegenstände aufstellte, da ihm eine Einheitsfront mit den höheren Beamten unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen unmöglich erscheint. Insbesondere der jüngste Eisenbahnerstreik wurde in der Diskussion eine große Rolle spielen. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Flügel, sah sich veranlaßt, mehrfach rechtfertigende Erklärungen für seine Organisation abzugeben. Nach Schluß der Diskussion ließ der Reichsbund der Kommunalbeamten Deutschlands gemeinsam mit dem Verband der Beamten und Angestellten der preussischen Provinzialverwaltungen erklären, daß sein Verband bereits am ersten Verhandlungstag die Erklärungen Flügels genehmigt und als geeignete Grundlage für ein Programm bezeichnet habe. Gleichzeitig wurde der Vorstoß gemacht, die Wahl des Hauptvorsitzenden sofort zu erledigen. Die Vertreter der einzelnen Verbände gaben auf Grund dessen Erklärungen zur Vorstandswahl ab, die sich größtenteils für die Wiederwahl Flügels aussprachen.

Die Abstimmung ergab die Wiederwahl des bisherigen Bundesvorsitzenden Flügel mit 378 Stimmen. Auf Klein-Münster, der von der Reichsgewerkschaft als Kandidat aufgestellt war, entfielen 149 Stimmen.

Flügel erklärte nun, daß seine Wahl die Entscheidung über die zukünftige Politik gebracht habe. Anlässlich dessen kam es zu tumultartigen Szenen. Die Delegierten der Reichsgewerkschaft wollten unter lautem Protest den Saal verlassen. Von der Galerie aus wurde den Mitgliedern der Reichsgewerkschaft zugerufen: Auer, Ihr habt hier nichts mehr zu suchen!

Nachdem Flügel erklärt hatte, daß er zu dem Vorfall, der in erster Linie auch durch die Erklärung der bayerischen Verbände mit hervorgerufen war, nun eine Erklärung des bayerischen Vertreters erwarte, legte sich der Mann, hub jedoch wieder an, als der Vertreter der bayerischen Verbände sprechen wollte. Die Verhandlung wurde dann unterbrochen, um der Reichsgewerkschaft Gelegenheit zu einer Sonderbesprechung zu geben.

## Vorläufige Einigung im Beamtenbund.

3. Verhandlungstag.

Menne erklärt namens der Reichspostgewerkschaft, des Luftbeamtenbundes und der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter: Wir sind bereit, an der Klärung der Lage im Deutschen Beamtenbund weiter mitzuarbeiten und uns auch an den Ausschüßberatungen vorläufig weiter zu beteiligen.

Schneider (Reichspostgewerkschaft) beantragt Hilfe für die Gemäßigten.

Zu dieser Frage nehmen noch mehrere Redner das Wort. Die Debatte führt zu der einstimmigen Annahme folgender Entschließung: Der Bundestag des Deutschen Beamtenbundes nimmt Kenntnis von der den Zulagen nicht entsprechenden Durchführung der Maßregelungen der Beamenschaft. Er erklärt hierin eine für die deutsche Beamenschaft unerträgliche Herabsetzung ihrer Stellung zu Volk und Staat. Der Bundestag ermahnt seitens der Staatsregierung eine sofortige Verhandlung über Beschränkung auf diejenigen Grundlagen, die durch das Wort des Reichstanzlers geschaffen wurden. Der Bundestag ist bereit, über diese Vereinbarungen hinausgehenden Maßregelungen zu betämpfen und für die Gemäßigten bis zur völligen Sicherstellung einzutreten.

Die Annahme der Entschließung wurde mit lautem Beifall angenommen.

Im Verlauf der weiteren Aussprache wird angeregt, im Sinne des vom Justizbeamtenbund vorliegenden Antrages eine

Pflichtumlage zu beschließen. Der sich hieraus ergebende Fonds solle aber lediglich zur Unterstützung der zurzeit gemäßigtesten Eisenbahner dienen.

Gegen die Stimmen der Lehrer, der Heeres- und Marinebeamten wurde dann die Erhebung einer Pflichtumlage beschlossen. Die Bundesleitung beantragte hierzu einen einmaligen Pflichtbeitrag von 50 Mk. zur Bildung eines Sicherheitsfonds für allgemeine und besondere Zwecke des Bundes zu erheben. Dieser Antrag rief eine längere Debatte hervor. Von einer Seite wurde der Beitrag als zu hoch bezeichnet, während sich ein Vertreter der Landjägereibeamten gegen den Ausdruck „Sicherheitsfonds“ wandte. Durch eine solche Bezeichnung rufe man den Eindruck hervor, als ob es sich um Gelder für Streikzwecke handele, und seitens der Polizei könne dem Antrag daher nur dann zugestimmt werden, wenn diese Gelder als Unterstützungsfonds bezeichnet würden.

Bundesvorsitzender Flügel bemerkte, keine Regierung habe das Recht, aus dem Verlauf des Bundestages etwas herzuleiten, was zur Abweichung von den Vereinbarungen mit dem Reichstanzler irgendetwas berechtige.

Bundesdirektor Kemmers schlägt vor, die Pflichtumlage in Höhe von 10 Mk. zu erheben, was bei einer Mitgliederzahl von etwa einer Million 10 Millionen betragen würde.

Scharfswert spricht für 50 Mk. Kemmers erklärt sich hiermit einverstanden.

Darauf wurde die

### Erhebung eines Pflichtbeitrages von 50 Mk.

gemäß dem Antrage der Bundesleitung gegen 6 Stimmen jüdischer Vertreter bei 3 Stimmenthalungen beschlossen.

# Volkswirtschaft.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Jahresbericht der Reichsbank. — Die Preise auf dem Eisenmarkt. — Die Syndikalisierung im Kohlenbergbau. — Mangelnde Zuckerverföhrung im freien Verkehr. — Der Vertrag mit Lettland.

Der Geschäftsabluß der Reichsbank für das Jahr 1921 gibt einen interessanten Einblick in unser Finanzgebaren und die Entwicklung des Finanzkapitals. Die Bank berichtet über einen Gesamtumsatz von 20 090 Milliarden Mark; gegen das Vorjahr eine gewaltige Steigerung, denn der letzte Geschäftsbericht gab einen Umsatz von 12 770 Milliarden Mark an. In diesem vermehrten Umsatz kommt deutlich eine Zunahme im Anlauf unserer Papierzahlungsmittel zum Ausdruck. Das tritt besonders auffällig da in die Erscheinung, wo in dem Bericht dargelegt wird, daß der Bestand an Reichsschatzscheinen in der Bank seit dem vorangegangenen Berichtsjahr von 44,8 Milliarden Mark auf 113,6 Milliarden Mark gestiegen ist. Dagegen ist der Bestand an Darlehensschuldscheinen in demselben Zeitraum um 16,5 Milliarden Mark auf 58,2 Milliarden Mark und weist gegenwärtig 6,8 Milliarden Mark auf. Sicherlich ein Beweis dafür, daß auf dem Kapitalmarkt Geld zur Verfügung stand, ohne daß in dem bisherigen Umfang die Darlehensverrichtung in Anspruch genommen werden mußte. Der Metallbestand der Bank lehte sich zusammen aus 137,2 Millionen Mark Gold in Barren und fremden Münzen, 558,2 Millionen Gold in deutschen Münzen und 11,6 Millionen Mark Scheidemünzen. Der Goldbestand ging im Laufe des Jahres auf 96,2 Millionen Mark zurück. Dieser Rückgang ist auf die Abwidmung der Zahlungen, die im vorigen Jahre die Regierung für die Entente leisten mußte, zurückzuführen. Um die eine Milliarde Goldmark, die im August vorigen Jahres an die Entente abgeliefert werden mußte, zusammenzubringen, mußte die Reichsbank aus ihrem Goldbestand 68 Millionen Mark herbeibringen. Der Reingewinn der Bank stellt sich auf 64,8 Millionen Mark; hiervon erhält das Reich 40,9 Millionen Mark, die Aktionäre erhalten 18 Millionen Mark, d. h. 10 v. S. Dividende. Dem Reservefonds sind 5,8 Milliarden Mark anzuweisen. Der Bruttogewinn, der mit 9,8 Milliarden Mark angegeben wird, gegenüber 7,8 Milliarden im Vorjahre, ist der höchste Gewinn, den die Bank bisher in einer Bilanz zu verzeichnen hat. Bemerkenswert ist, daß allein für Banknotenanzfertigung ein Betrag von 262,1 Millionen Mark verausgabt wurden, ein Beweis, daß uns die Herausgabe von Papiergeld nicht ohne erhebliche Kosten möglich wird. Die Verwaltungskosten betragen 339,5 Millionen Mark. Die Reichsbank beschäftigt am Ende des Jahres 7096 Beamte, 2155 männliche und 1242 weibliche Angestellte, ferner 265 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Bezeichnend für unsere Wirtschaftslage ist die in den letzten Monaten ganz übermäßig aufwärts gehende Preisbewegung auf dem Eisenmarkt. Eisenrohmaterialien sind vom 1. April ab um 1387 Mark die Tonne erhöht und erlangt damit einen Preis von 5949 Mark. Stabeisen, das in der Preisfestsetzung richtunggebend für die übrigen Halbfabrikate ist, zeigt von Dezember 1921 bei einem Preis von 5030 Mark pro Tonne, für den April eine Steigerung auf 9500 Mark. Diese Preisbewegung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die verarbeitende Industrie. Wir nähern uns mehr und mehr der Höhe des Weltmarktpreises und kommen damit in viel härtere Abhängigkeit von den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, als es bisher durch die Beherrschung des Inlandsbedarfes möglich war.

Es wird gut sein, gegenwärtig darauf hinzuweisen, wie ferig die Auffassung ist, daß mit dem Fall der Mark eine steigende Geschäftskonjunktur verbunden sei. Diese Theorie ist nicht unter allen Umständen richtig; es kann sehr zu unserem Schaden einsetzen, daß wir unsere Konkurrenzfähigkeit im Ausland verlieren und auch im Inland bei diesen Preisen nicht mehr genügenden Absatzmarkt finden. Ein warnendes Beispiel dafür sind die Zustände in Oesterreich. Dort hatten wir bisher, ähnlich wie bei uns, eine leidlich gute Beschäftigung der Industrie; trotz des viel schlechteren Standes der österröichischen Krone ist ein Umschwung in der Konjunktur eingetreten, die Anträge der Industrie haben nachgelassen, die Arbeitslosenziffer geht gewaltig in die Höhe.

Ebenso ist übrigens zu warnen, zu welchen sonderbaren Vorstößen man gelangt, um diese ungleichen Wertungen der Zahlungsmittel zu mildern. Während wir über die Entwertung der Mark klagen, ist man in Amerika in industriellen Kreisen wenig beirrt über den guten Stand des Dollars. So wird von zwei sehr angesehenen Persönlichkeiten, dem bekannten Erfinder Edison und dem bedeutendsten Automobilfabrikanten Ford, ein Vorschlag gemacht, der auf nichts anderes hinausgeht als auf eine Beschäftigung der amerikanischen Wärlta. Für Begehren geht im wesentlichen darauf hinaus, aus der Goldwährung herauszukommen, da man in einer Weltwirtschaft mit Papiergeld nicht als einziges Land den Goldstandard aufrecht erhalten könne.

Im Kohlenwirtschaftsrat sind die Pläne des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats auf einigen Widerstand gestoßen. Es ist vorläufig von der Regierung angeordnet worden, daß das Syndikat zwar zwecks auf einen Monat verlängert wird. In dieser Zeit werden sich die Interessenten noch einmal über Syndikatspläne auseinandersetzen müssen, um wichtige Entscheidungen zu treffen.

Müller vom Deutschen Lehrerverein gab nach die Erklärung ab, daß auch seine Organisation durchaus für die Unterstützung der Gemäßigten sei, allerdings nicht auf dem Wege der Pflichtumlage. Das sei vielmehr Sache der einzelnen Verbände.

Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Aufhebung des Sperrgesetzes zu fordern.

## Kautsky über die „sofortige Einigung“.

Karl Kautsky beschäftigt sich in der „Freiheit“ in einem längeren Artikel mit der an seinem bekannten Brief geübten Kritik: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Interesse der Proletariats sofortige Einigung verlangt, daß zwischen SPD und USP keine Differenzen mehr vorhanden sind, die groß genug wären, um eine Fortdauer der Spaltung zu rechtfertigen. Von dieser Überzeugung aus stehe ich beiden Parteien gleich nahe, kann ich mit jeder von ihnen für die gemeinsame Sache wirken. Eine scharfe Trennungslinie zwischen den beiden Parteien einzuhalten, ist mir nicht möglich und es scheint mir, daß eine allgemeine Gewöhnung an diese Praxis der einzige Weg sein würde, die Einigung herbeizuführen. Wenn der Partikularismus der Führer sich als ein Hindernis dessen erweist, was dringend notwendig ist für die Gesamtheit, dann bleibt nichts übrig, als der Einigung der Organisation voranzugehen durch die praktische Einigung auf dem Wege gemeinsamer Zusammenarbeit der Genossen beider sozialdemokratischer Parteien zu gemeinsamen Zwecken. Ich erwarte, daß die Einigung zu den vielen welt-historischen Fortschritten gehört, die sich vollziehen über die Köpfe deroffi ziellen Führer hinweg.“

Die Tendenz, durch diese Syndikatsorganisation der großer Konzernbewegung einen starken Anreiz zu geben, dem darauf können die neuen Bestimmungen des Syndikatsvertrages hinaus, finden in einigen Intellektuellenkreisen auch nicht ungeleitete Zustimmung, noch weniger können sich die Arbeitervertreter damit einverstanden erklären.

In der Zuckerverföhrung kann der freie Verkehr keine befriedigende Lösung herbeiführen. Noch immer wird allgemein über einen Mangel im Kleinhandel geklagt, ohne daß es den Raffinerien gelingt, eine merkbare Besserung herbeizuführen. Die ungenügende Verföhrung des Rohzuckers ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in der Schokoladen- und Konfitürenfabrikation der Verbrauch an Zucker stark zugenommen hat und damit die Verföhrung für den Haushalt der Bevölkerung leiden muß. Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung hier eingreift, und zwar in der Weise, daß die Verföhrung der Industrie zurückgestellt wird, eventuell muß der Verbrauch von dieser Seite durch Aufkauf im Ausland gedeckt werden. Die heimische Produktion muß zunächst dem Bedarf im Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Erfolgt hier kein Zugriff, so haben wir damit zu rechnen, daß am Ende des Wirtschaftsjahres die Zuckerverföhrung ganz ausfällt. Um das zu vermeiden, wird der hier empfohlene Eingriff notwendig sein.

Wie berichtet wird, hat die Reichsregierung mit Lettland nach langen Verhandlungen nunmehr ein Wirtschaftsabkommen zum Abschluß gebracht. Das Abkommen ist insofern wichtig, als es für die Vertragsgestaltung die Meistbegünstigung enthält, ferner Sicherungen im Durchgangsverkehr für deutsche Waren; die über Riga nach Rußland ihren Weg nehmen. Lettland hat sich noch vorbehalten, daß für den Weichsel die Meistbegünstigung bei einem Wirtschaftsabkommen oder einer Zollunion mit den Ostseeländern oder Rußland und Polen nicht in Frage kommt. Dem wird man nicht widersprechen können, denn bei den engen wirtschaftlichen Beziehungen dieser Staaten untereinander, liegt der Abschluß einer Zollunion sehr nahe. Hoffentlich gelingt es auch den übrigen Ostseeländern, bald zu einem für beide Teile vorteilhaften Wirtschaftsabkommen zu gelangen, damit außer den schon bestehenden Schwierigkeiten wenigstens diejenigen handelspolitischer Art beseitigt werden.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 10. April.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
	8. April.	7. April.	
Amsterdam	100 fl.	11695.40	11585.56
Bissel (Antwerpen)	100 Frs.	2604.20	2596.75
Kristiania	100 Kr.	5607.45	5590.90
Kopenhagen	100 Kr.	6508.85	6448.90
Stockholm	100 Kr.	8029.85	7965.—
Helsingfors	100 Finn. Mk.	594.25	578.25
Rom	100 Lire	1621.95	1602.95
London	1 £	1854.80	1848.80
New York	1 Doll.	906.66	916.11
Paris	100 Frs.	2801.45	2798.50
Zürich	100 Frs.	5957.50	5950.05
Madrid	100 Pesetas	4754.05	4739.05
Wien	100 K.	3.95 1/2	4.00 1/2
Budapest	100 K.	35.70	35.55
Prag	100 K.	597.25	583.25

## Schiffsverkehr im Süderdeutschen Hafen.

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std.

Angekommen am 8. April.			
D.	Röhe	Sanderfen	Neustädterboffer 2
D.	Otto Joppen	Abrens	Seitru 3
D.	Oskar	Barck	Rostock 6
S.	Martha	Goltzschmidt	Rostock 6
S.	e. Union	Matthiesen v. d. See	6
Angekommen am 9. April.			
S.	Miranda	de Bahr	Fredericia 1
S.	Adelheid	Bud	Hjög 1
S.	Brecoja	Wartens	Hjög 2
D.	Henry Peters	Barrels	Hamburg 1
D.	Margarethe	v. Alwarder	Fredericklund 2
D.	Whony	Sörensen	Berle 1
D.	Johanna	Stubbe	Warnemünde 1
D.	Schute 6365	Stubbe	1
D.	Lopus	Mander	Riel 10
D.	Heimdal	Albrecht	Guden 10
D.	Swanen	Greenfeld	Waldow 12
D.	Waldur	Dast	Roune 1
D.	Delphin	Wente	Randers 1
S.	Friede	Wachel	Gumrichshamn 3

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Lehner, für Postamt, Lübeck und Penzance Hermann Bauer; für Forst- und Gewerkschaften August Schütz; für Seemannschaft Heinrich Eisenberg. Redakteur: Heinrich Eisenberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck.







## Freistaat Lübeck.

Montag, 10. April.

Achtung, Bürgerchaftsfraktion! Heute abend 5 1/2 Uhr Sitzung im Roten Saale des Rathauses.

### Die Schwalbe.

Die erste Schwalbe war wiedergekommen. Zwischenherd war sie ein paarmal um das alte Dach geflogen, dann war sie hineingeschossen in den alten Hauseingang und hatte nachgeschaut, ob ihr Nest aus dem Vorjahre auch noch unverfehrt über dem Türbalken hing. Ja, es hing dort in schattiger Ecke. Da war sie zufrieden. Und flugs war sie wieder hinausgeflogen und hatte sich auf einen der Äste niedergelassen, wo schon andere langbeschwänzte Schwalben saßen.

Sie waren alle aus dem Süden gekommen. Aus dem fernen Afrika. Ueber das blaue Mittelmeer waren sie geflogen und hatten in Genua längere Rast gemacht, ehe sie sich über die hohe Felsmauer der Alpen wagten. Nun erzählten sie zwihschernd von ihrer Reise. „Wieviele fremde Menschen da in Genua beisammen waren!“ „Aus aller Herren Länder waren sie gekommen: Russen und Engländer, Franzosen und Japaner, Belgier und Deutsche. Und noch viele, viele andere!“ „Was sie da nur eigentlich wollten?“ „Sich verständigen wollten sie!“ „Verständigen?“ „Ueber das Elend, das ganz Europa gepackt hält! Dem wollen sie gern Einhalt gebieten! Die schrecklichste Not wollen sie bannen. Nur wissen sie nicht recht, wie sie es anzufangen haben!“ „Die Menschen sind doch sonderbare Geschöpfe. Erst rufen sie das Elend ins Land hinein, führen jahrelang miteinander Krieg, schlagen sich gegenseitig ab, vermissen und vernichten ihr Hab und Gut, und dann möchten sie ihr Werk ungeschehen machen!“ Ein großer schiefergrauer Schwalbenmann hatte diese Worte ärgerlich herausgeschlupert. „Ja,“ meinte eine zierlich, rundliche Schwalbenfrau, „da sind wir Vögel doch anders!“ „Wenn uns die gefiedereten Räuber einigermassen in Ruhe lassen, dann leben wir friedlich und fröhlich im Sommer hier und im Winter im warmen Süden!“ „Und einzeln sind auch die Menschen ganz friedlich. Sie wollen gar keinen Krieg. Die Leute, bei denen ich wohne, sind ebenso harmlos, wie wir Schwalben es sind.“

Und nun zwihschernten sie alle laut durcheinander. Alle wußten eigentlich nichts Schlechtes über die Menschen zu sagen. Um so unverständlicher erschien ihnen das, was sie in vier langen Nord- und Raubjahren angerichtet. Noch eine ganze Weile zwihschernten sie lärmend fort. Dann erhoben sie sich, breiteten die langen, spitzen Schwingen und flogen auseinander. . . .

### Lübecker Teuerungsziffern.

Seit der Veröffentlichung der März-Teuerungsziffern hat die Teuerung in Lübeck weiter bedenklich zugenommen. Nach den vom Statistischen Amte auf Grund der Teuerungserhebungen für die erste Aprilwoche vorgenommenen Berechnungen beträgt die Teuerungszahl 2556 Mk. gegen 2235 Mk. im März. Das bedeutet eine weitere Steigerung von 321 Mk. oder 14,4 Prozent. Die hiernach berechnete Indeziffer für die Lebenshaltungskosten im Verhältnis zur Vorkriegszeit stellt sich auf 2949 gegen 2578 im Vormonat. Gegenüber Dezember vorigen Jahres sind die Lebenshaltungskosten im Lübeck um 70,6 Prozent und gegenüber April des Vorjahres gar um 196,1 Prozent gestiegen. Zu der Verteuerung Anfang April trugen bis auf Schellfische, die erheblich im Preise heruntergingen, alle Lebensmittel und auch die Brennstoffe bei. Am stärksten trat die Fleischverteuerung hervor. Gegenüber dem Monat März sind gestiegen das Fleisch um 38,0 Proz., Speck um 35,1 Proz., Gemüse um 31,7 Proz., Eier um 29,8 Proz., Nahrungsmittel um 24,5 Proz.,

Fett um 17,6 Proz., Vollmilch um 12,3 Proz. und Kartoffel um 11,1 Proz. Auch die Brennstoffe sind seit März wieder um 11,2 Prozent in die Höhe gegangen.

### Der Jugendtag der Arbeiter-Jugend Mecklenburgs Pfingsten 1922 in Rostock.

Wöchentlich findet einmal im Jahre ein Jugendtag der Arbeiterjugend beider Mecklenburg und Lübeck in einem Orte Mecklenburgs statt.

Es ist dies ein Treffen, das natürlich von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Aus allen Teilen unseres Landes kommen Jugendgenossen und -Genossinnen, um gemeinsam ein Fest zu feiern, um gemeinsam eine Wanderung zu machen.

Der Jugendtag macht allen Teilnehmern klar, daß nicht jeder auf eigene Faust seinen Weg gehen kann, daß wir alle gemeinsam gehen und handeln müssen, und auch wollen! Jedem, dem es vergönnt war, auf einem einigermassen größeren Treffen mitzutun, dem wird unaussprechlich in Erinnerung sein, wie alles eines wollten, nämlich die neue Zeit!

Wie groß in ihrer Art und noch nie dagewesen waren die Jugendtage der Arbeiterjugend in Weimar und Bielefeld! Wichtig und erhebend in allen ihren Teilen waren die Reichsjugendtage. Die erwachsene Arbeiterschaft nahm vollen Anteil an dem Ringen ihrer Jugend, ihrer Zukunft, und immer wollen wir ihr danken, was sie getan. War das ein Erleben, war das ein Ruhmestag für die Jugend und für die Erwachsenen.

Wie in Weimar und in Bielefeld, wenn natürlich auch in bedeutend kleinerem Maße, so soll der Jugendtag der Arbeiterjugend beider Mecklenburg und Lübeck werden, auch hier will und soll die Jugend Zeugnis von ihrer Kraft ablegen, Zeugnis ablegen davon, daß die Jugend der erwachsenen Arbeiterschaft eine Zukunft ist, die nicht alles bisher Geschaffene nur behält und behütet, sondern mit eiserner Kraft und mit jugendlichem Mut das Rad der Zeit weiter vorwärts dreht!

In Rostock, der früheren Hansestadt, der Stadt der sieben Türme, wird die Jugend Mecklenburgs und Lübecks in diesem Jahre ihre Heerschau halten. Der Stadt Mecklenburgs, in der die erwachsene Arbeiterschaft in den frühesten Zeiten, den schwärzesten Jahren schon zusammenstand, gilt unser diesmaliges Treffen.

Die Arbeiterjugend Rostocks arbeitet mit Fleiß schon jetzt an dem Gelingen des Jugendtages. All die notwendigen Voraussetzungen zum Jugendtag sind von der Rostocker Jugend in Angriff genommen und versprechen einen guten Erfolg.

An die erwachsene Arbeiterschaft richten wir die Bitte, ihrerseits die Jugend in ihrem Bestreben zu unterstützen, mitzuarbeiten am Gelingen des Jugendtages.

Im Vertrauen auf unsere Kraft bilden wir freudig dem Jugendtag entgegen. Wir wissen, daß uns das Werk gelingen muß.

Frei Heil!

### Schöffengericht.

Wegen Preistreiberei stand am Sonnabend der Händler Mehlens unter Anklage. Er hatte im November v. J. 200 Pfund Zucker zum Preise von 7 Mk. pro Pfund von einer Privatperson gekauft und für 8 Mk. weiterverkauft. Der Ladenpreis betrug damals 5 Mk., sodaß eine Preistreiberei von 3 Mk. pro Pfund vorlag. Tatsächlich war der Zucker, der mit 4,80 Mk. eingekauft worden war, durch Kettenhandel bereits auf 7 Mk. verteuert worden. Einen übermäßigen Gewinn hat niemand dabei erzielt. Da auch N. nur 1 Mk. pro Pfund verdiente, so war er nicht wegen Täuschung, sondern wegen Kettenhandels und Preistreiberei angeklagt. Der Angeklagte behauptet, daß damals in mehreren Geschäften Zucker zum Preise von 8,50 Mk. und 9 Mk. verkauft worden sei. Er sei sich einer strafbaren Handlung nicht

bewußt. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 150 Mk. Das Gericht nahm zugunsten des Angeklagten an, daß er sich seines Vergehens nicht voll bewußt gewesen sei, sonst, so wurde in der Urteilsbegründung gesagt, wäre auf eine weit höhere Strafe erkannt worden. Gleichzeitig wurde aber auch auf Einziehung des noch vorhandenen Zuckers erkannt. — Radfahrer dürfen nicht auf dem Bürgersteig fahren. Diese Bestimmung dürfte wohl jedem bekannt sein. Trotzdem benutzten manche Radfahrer den Bürgersteig für Augenblicke. Das hatte auch der Schiffsfahrtsinspektor Th. getan und war, da er auch keine Radfahrkarte bei sich trug, mit einem Strafmandat von 30 Mk. bedacht worden. Er will nur den Bürgersteig zum Ausweichen benutzen haben, weil eine Frau auf dem Radfahrwege ging. Das Gericht hielt auch dieses für unzulässig und erkannte auf 10 Mk. Geldstrafe, wozu allerdings noch die Kosten des Termins kommen. — Wegen Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften (Nichteintragen einer Person in das Patientenbuch) hatte der Heilkundige B. ein Strafmandat von 100 Mk. erhalten. Der Angeklagte zog zu Beginn der Verhandlung seine Berufung zurück. Das Strafmandat hat somit Rechtskraft erlangt.

Bevorstehende Inbetriebnahme der Straßenbahn durch die Bahnhofsstraße, direkte Verbindung des Burgtores mit dem Bahnhof. Wie wir hören, hat die Verwaltung der Straßenbahn die gegenwärtige Linienführung einer genauen Prüfung unterzogen, um durch gewisse Änderungen Ersparnisse zu erzielen, ohne das Verkehrsbedürfnis zu beeinträchtigen. Es ist nunmehr u. a. beabsichtigt, die Linie 11, Hansastraße—Kohlmarkt durch die Bahnhofsstraße nach Markt weiterzuführen, wodurch eine Ersparnis von 4 bis 5 Minuten Fahrzeit zwischen Markt und Bahnhof eintritt. Auch das Burgtor soll die direkte Verbindung mit dem Bahnhof durch die Bedergrube wieder erhalten. Durch die mit der Einführung der neuen Linien in Verbindung stehende Einschränkung an anderer Stelle macht sich natürlich eine völlige Neugestaltung des gesamten Fahrplanes notwendig, über die wir in Kürze ausführlich berichten werden.

Neuer Direktor. Der Senat hat den Diplomingenieur Fr. Hende, zurzeit erster Beigeordneter der Stadt Rendscheid, zum Direktor der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke ernannt und den Tag seines Dienstantritts auf den 1. Juli 1922 festgesetzt. — Der vom Senate zum Direktor der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke ernannte Diplomingenieur Hende ist zurzeit erster Beigeordneter und Vertreter des Oberbürgermeisters in Rendscheid. Er hat die Leitung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie der Straßenbahn inne und ist Dezernent für die Rendscheider Gaswerke und Badeanstalten sowie für Arbeiterangelegenheiten.

Die Lübecker Tischspielgemeinde gab am Donnerstag ihren 6. und letzten Bildebühnenabend in dieser Spielzeit. Einleitend bemerkte ein Vorstandsmittglied, daß es der Tischspielgemeinde in der kommenden Spielzeit wegen der hohen, ständig steigenden Kosten wohl nicht möglich sein werde, die Vorstellungen in der Stadthalle stattfinden zu lassen, sondern daß ein kleinerer Raum gewählt werden müßte. Er forderte deshalb alle diejenigen auf, sich zu melden, die weiterhin für solche Vorstellungen Interesse zeigten. Ein Vortrag, wie der am Donnerstag gehaltenen, wurde durch einen intimen Kreis von Zuhörern nur gemindert. Der Raum war entschieden zu groß. Durch das fortwährende Eintreten von Zuhörern, durch das Aufschließen der Türen, das Knarren der Sitzplätze, das emige Gerede und das unermüdete Klack und nicht möglich, dem Vortrag mit Aufmerksamkeit zu folgen, das meiste ging durch die nicht endwollenden Störungen verloren. Zu dem Vortrag „Die Wunderwelt der Sterne“ hielt der Direktor der Berlin-Trentow-Sternorte, Herr Dr. Fröhlich, den bescheidenen Text. Auf die große Frage: „Was bedeuten die Sterne im Weltall?“ führte er aus, könnte er nur einen einflussreichen Vortrag halten, der herausfordern sollte, daß die Zuhörer sich näher mit der Umwelt beschäftigten. Die Stadtbibliothek hatte auch diesmal wieder eine Reihe nützlich orientierender Werke aus ihrer reichen Beständen auf dem Programm angesetzt. Der Vortragende zeigte dann den Vulkanismus auf der Erde, streifte die Frage der Bewohnbarkeit der Welten, um dann längere Zeit beim Monde

## Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Lehmann.

4. Fortsetzung.

Endlich hatten sie den Laden zugemacht, und bald danach war Wilhelm Harenholz gefallen, und nun hatte sich gezeigt, daß sie nur Schulden hatten. — Soviel, daß der Verkauf der Ladeneinrichtung, der Möbel, der bunten Kleider, die sie jetzt nicht gebrauchen konnten, nur eben das einbrachte, was zur Deckung der Schulden nötig war. Es war ihnen zum Leben nichts geblieben als die Rente, die der Staat den Hinterbliebenen zahlt, dafür konnten sie keine geräumige Wohnung mehr mieten, sie konnten überhaupt schwer eine Wohnung finden, denn man hatte während des Krieges nicht gebaut, und die Wohnungen begannen knapp zu werden. So waren sie froh gewesen, als Ines die Wohnung im Alten Staden Nr. 17 ausfindig gemacht hatte, die wenig kostete und auf den Garten hinausging. Das hatte besonders die Mädchen gefreut. Frau Concha hätte lieber ein Zimmer an der Straße bekommen, von dem aus sie die Vorübergehenden hätte mustern und die Geschehnisse in der Straße verfolgen können. Ines war noch zu unerfahren, um sich über die Art der Leute, die da mit im Hause wohnten, besondere Gedanken zu machen, und Frau Concha, die immer eine südliche Indolenz und eine Antipathie gegen alles, was handeln heißt, besessen hatte, war durch ihr Unglück völlig apathisch geworden und froh, wenn sie selber nichts zu denken, über nichts zu verfallen hatte.

Aber auch in dem Zimmerchen im Alten Staden Nr. 17 reichte die Rente nicht zum Leben für drei Menschen aus. So würde Ines arbeiten, eine Stelluna würde sich schon finden. Die Mutter wollte den Haushalt selbst verwalten und dann sehen, ob sie etwas Stidarbeit bekäme, denn sitzen konnte sie, und Benita besuchte noch die Schule. Dort mußte sie das Haar in zwei Zöpfe flechten und giert am Hintertopf aufstehen. Die flechtlichen Haarfrisuren der Mutter trug sie nur in der schulfreien Zeit.

Es war ganz selbstverständlich, daß Ines arbeiten und so die Hauptlast für den Haushalt auf ihre Schultern nehmen würde. Dafür war sie Wilhelm Harenholts, des Deutschen, Tochter, der auch immer alle Sorgen des Lebens auf seinen breiten Schultern getragen hatte, damit keine schöne Frau, die er sich als junger Kaufmann aus dem heißen Spanien mitgebracht hatte, sich und sorglos durch das Leben gehen könne. — wenn man von

Menschen wie Frau Concha überhaupt sagen kann, daß sie durch das Leben gehen. Eigentlich ist es anders, — sie warten und lassen das Leben zu sich kommen. Wenn es vor ihnen steht und sie anläßt, dann lächeln sie wieder: „Leben, wie bist du so schön!“ Aber wenn es ihnen unfreundlich und rauh gegenübertritt und ein schlimmes Gesicht macht, und sie es am besten rütteln und schütteln würden, damit es wieder zurückkommt, dann stehen sie machtlos da und wissen sich nicht zu wehren. Sie kommen sich vor wie Kinder, die unversehens in ein Hagelwetter kommen und nun die eisigen Schlossen auf sich herabprasseln fühlen und nichts zur Wehr, als weinen und nach Hilfe rufen, vielleicht auch verfluchen, davonzulaufen, — aber das nützt nichts, das Unwetter läuft mit.

So war während des Krieges das Unwetter auf Frau Conchas Lebensweg mitgelaufen und immer stärker geworden, und sie weinte und hätte gern nach Hilfe gerufen, wenn sie jemand gewußt hätte, nach dem sie hätte rufen können. Aber da war niemand in dem fremden Lande, und Wilhelm Harenholz war tot, wenn auch sein Name noch in schwarzen Buchstaben auf dem blanken Messingblech stand, das früher über dem Briefkasten an der Haustür gestanden hatte. Frau Concha hatte dieses Schild zuerst wieder an ihre Tür draußen am Gang nageln wollen, aber dann schien es ihr, als müsse das blanke, leuchtende Ding nicht in den Gangwinkel vom Alten Staden Nr. 17, an dem ihre Zimmer lagen, und der Name würde ja auch eigentlich nicht mehr. So nagelte sie es an die Wand über dem kleinen, grünbezogenen Sofa, das sie mitgebracht hatte, — da paßte es doch ein wenig, und sie konnte immer an ihren verstorbenen Mann denken, wenn sie den Namen las. Nein, vergessen würde sie ihren Mann niemals.

Und Frau Concha legte sich auf das Sofa unter das Messingblech und begann zu weinen. Ines machte währenddessen die Arbeit weiter: sie wickelte die weißen Kaffeetassen mit goldenem Rand aus dem Papier und stellte sie auf die kleine Kommode. Dann brachte sie in einem einfachen Holzschränkchen ein paar Küchentöpfe und Kaffeeteller unter, und endlich entzündete sie mit etwas Papier und einigen Kohlen, von denen sie einen Saß voll mitgebracht hatten, ein Feuer in dem kleinen Kamin und stellte Wasser auf und Kartoffeln, die sie in einem Korbe hatte.

Wir müssen doch etwas essen,“ sagte sie. Benita hatte sich mehr wartend verhalten. Nachdem sie ihre und der Mutter und Schwester Kleider in dem Schrank verpackt hatte, sah sie räumlich in das grüne Gerand vor ihrem Fenster. Sommerhaugen blühen wieder. Ein Vogel hatte sich in dem Blätterwerk verfangen und schlug mit den Flügeln gegen

die Fenster Scheiben; dann hatte er sich losgemacht und flog mit einem kurzen, hellen Jubelton davon in die Freiheit. Dieses Sommerleben war ein Ständchen Poesie, das sich auch in den dunklen Winkeln vom Alten Staden Nr. 17 verirrt hatte, ein kleines Ständchen nur, aber es genügte, um Benitas beweglichen Sinn mit froher Laune zu erfüllen.

Während Ines sich an dem Ofen zu schaffen machte, schlüpfte die Jüngere saute hinaus auf den Gang, um die Nachbarschaft, in die sie geraten waren, ein wenig kennen zu lernen. Auf der andern Seite des Ganges stand eine Tür halb offen, so daß man durch die Öffnung ein Stück des Zimmers sehen konnte. Es sah bunt genug darin aus. Auf Stühlen hingeworfen lag ein Kleiderrock, eine Schürze, auf einem Tische stand eine große Kaffeelanne mit ausgebrochenem Schnabel, daneben lag ein Kamin, in dem noch die Haare hingen. Ein Stück Brot, halb durchgebrochen, lag dabei. Benita sah auf einem Bett, das halbsitzig vor dem Fenster stand, ein Mädchen liegen, das wohl in Benitas Alter sein mochte. Das weiße, durchsichtige Gesicht, dem die jugendliche Rundung fehlte, hatte etwas ganz Kindliches und kessam Keifes gleichzeitig.

„Wer ist da draußen?“ rief das Mädchen. „Darf ich hineinkommen?“ fragte Benita zurück. „Ja, kommen Sie nur,“ sagte das Mädchen, „ich freu' mich, wenn ich Besuch bekomme; ich bin so viel allein, manchmal den ganzen Tag lang.“

Benita war an das Bett getreten. „Sind Sie krank?“ fragte sie. „Weshalb müssen Sie auf dem Bett liegen an Tage, und warum liegen Sie mit den Kleidern da, wenn Sie krank sind?“

„Eigentlich krank bin ich wohl nicht. Ich habe hier an der Hüfte eine Stelle, die eiert immer wieder und will nicht heil werden. Es ist ein ordentliches Loch; ich kann nicht damit gehen, denn tut es weh. Wenn ich aber so ganz still liege, da geht es schon. Nur langweilig ist es. Die Schwester aus der Gemeinde, die mich öfters besucht, hat mir das Bett so karrig vor das Fenster gerückt. So kann ich ein Stückchen vom Himmel sehen, und es ist ganz lieb, wenn die weißen Wolken oben vorbeiziehen, — und dann sehe ich ein Stückchen von der Kastanie, die am Wall steht. Sehen Sie, jetzt steht gerade eine große rosa Blüte da — ist das nicht hübsch? Wenn ich mich ein wenig hochrichte, so sehe ich auch die kleine Holzgalerie; da sind dann manchmal Kinder. Es sind so viele Kinder hier im Hause.“

„Wie heißen Sie?“ fragte Benita. „Ich heiße Kate Gils.“ (Fortsetzung folgt.)



zu verweilen. Die Mondbilder waren entzückend die klarsten. Dann wurden nach der Reihe Mars, Neptun, Saturn, Jupiter behandelt, und zum Schluß der Berliner-Treptower Sternwarte mit ihrem 21 Meter langen Fernrohr ein Besuch abgefaßt. Von einem solchen Vorzuge, aus dem besten Fachmännischen Munde, profitiert man immer. — Dann folgte ein romantisches Spiel in 5 Akten von Paul Wegener, „Der verlorene Schatten“. Die romantische Stimmung und die hübschen landschaftlichen Bilder waren sehr anziehend, indessen sind schon bessere Filme in der Lichtspielgemeinde gezeigt worden. Die Färbung von phantastischen Spielfilmen der letzten Abende war nicht sehr glücklich. Ein Stadtmüller verleiht einem Schattenspieler und Dunkelmann, um eine Geige zu erhalten, womit er die Liechte gewinnen will, seinen Schatten. Wo er auch geht und steht und Licht scheint und andere Menschen Schatten werfen, kein Körper wirft keinen. Dadurch geht die anfangs eroberte Liebe wieder verloren. Später gehen beide auf die Suche nach dem Schattenspieler, finden ihn auch, und entreißen ihm den Schatten des Stadtmüllers und dann ist Hochzeit. Der Dapperhutto als Schattenspieler und Dunkelmann ist eine gute schauspielerische Leistung. Die Lichtspielgemeinde hat sich durch ihre Abende auch in dieser abgelaufenen Spielzeit verdient um die Gesundung des Volksgeschmacks auf diesem Gebiete erworben.

Die Ausweispapiere verloren hat eine Wirtschaftlerin, die in Lübeck eine Stellung antreten wollte. Die Papiere waren in einer schwarzen Ledertasche, welche die Abmeldebekanntmachung und ihre 19. Invalidentasche enthält, die mit Marken fast vollgeklebt war. Die Tasche enthält auch ihre Brille. Da die Frau völlig mittellos ist, wird der eheliche Forderer erlucht, die Sachen in der Rechtsauskunftsstelle des Wohlfahrtsamtes, Untertrade 104, Zimmer 24, abzugeben.

Wie Stiefel über Nacht teurer werden können. Zu dieser Nacht in Nr. 81 des Lüb. Volksboten wird uns von Herrn Wehrendt geschrieben: Bei der Aussprache zwischen der Käuferin und dem Beamten über die Bekleidung hat sich ein Irrtum eingeschlichen. Die Käuferin hatte meine Bemerkung unrichtig verstanden und angenommen, ich hätte auf den früheren Verkaufspreis 33 1/2 Prozent aufgeschlagen, wodurch sich ein Preis von 790 Mark herausgestellt hätte. Ich durfte diese Stiefel für 670 Mark verkaufen. Doch hatte ich der Dame gar keinen Preis abverlangt und sie hatte auch nicht danach gefragt. Wohl aber erwiderte ich ihr am nächsten Morgen, daß die Stiefel teurer geworden wären. Daraufhin ist die Dame ohne ein weiteres Wort zu verfliegen, fortgegangen. — Nach den Angaben des Herrn W. ist mit dem besten Willen nichts anderes herauszufinden, als daß die Stiefel in der Tat über Nacht teurer geworden sind. Nur der Prozentsatz ist strittig.

Soll das eine Entschuldigung sein? Die Genossenschaft für Milchverwertung, e. G. m. b. H., zu Lübeck (vereinigte Landwirte) teilt uns folgende Milchpreise aus näheren und weiteren Nachbarkreisen mit: 1. Krummhorn 8.80, 2. Schleswig 8.80, 3. Jühoe 7.80, 4. Flensburg 8.80, 5. Hulum 7.60, 6. Rendsburg 8.00, 7. Heide 6.80, 8. Mitora 8.70, 9. Ederförde 8.40, 10. Melbort 8.40, 11. Wandsb. 7.80, 12. Kiel 8.80 Mark. Sie bemerkt ferner, daß begründete Aussicht vorhanden ist, daß die Butterpreise in nächster Woche fallen. — Es ist ja sehr freundlich von der Gen. f. M., daß sie uns ihre statistischen Nachforschungen mitteilt. Wir haben unsere Lesern bisher die höheren Milchpreise andernorts nicht verhehlt und seit Jahr und Tag hervorgehoben, wie die Preisdrücke im engeren und weiteren Kreise zugunsten der Produzenten gebracht wird. Der Hafen sieht ja gerade in dem gegenwärtigen künstlichen Preisstreben da und dort. Auf diese Weise werden die Vorzüge ungenutzt und kann die eigene Schuld um so leichter abgelugnet werden. Mit der Aussicht, daß die Butterpreise wahrscheinlich fallen, kann uns die Gen. f. M. ebensowenig zeigen wie die große Mehrzahl der Bevölkerung, die infolge der unrichtigen Preise weder Milch noch Butter zu konsumieren in der Lage ist.

Für die Lübecker Altershilfe sind bisher 481 916,64 Mark eingegangen.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Stadtheater.** Am Dienstag wird „Der Vogelhändler“ wiederholt. Mittwoch „Und Pipa tanzt“. In Vorbereitung befindet sich im Schauspiel die preisgekrönte Komödie „Schneider Wibel“ von H. Müller-Salhofer, und „Agnes Bernauer“ von H. Heibel.

**Gonia-Theater.** Heute, Montag: „Rascallien“, Dienstag: Ehrenabend von Miss Niemi, „Prinzessin Diana“, Freitag, 14. April: Schauspiel des Hamburger Thalia-Theaters mit „Kora“. Schauspiel in 3 Akten von Herrit Jöben unter persönlicher Leitung und Mitwirkung des Herrn Direktors Köbbeling. Die Rolle der Kora spielt Fräulein Berta Gaff.

### Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Der Kampf gegen den Rucher. In der Zeit vom 15. bis 31. März 1922 sind von dem hiesigen Wuchergeicht und der beim hiesigen Schöffengericht eingerichteten Wuchererkommission 88 Personen zu insgesamt 4 Jahren und 17 Tagen Freiheitsstrafe und 922 060 M. Geldstrafe verurteilt worden. — Wiederentnahme des Personendatums Hamburg-Kennort. Auf Grund der Bestimmungen, die zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der United American Lines Inc. getroffen worden sind, ist der Befehl erteilt worden, die Korrespondenz zwischen Hamburg und New York jetzt wieder aufzunehmen. Für diesen Zweck sind die auf deutscher Werten erbaute, 127 m langen und mit 12 000 Pferdekraften ausgerüsteten 2000 Tonnen großen Dampfer „Reisler“ und „Kellner“ ausgeschieden worden, die während des Krieges an den Kgl. holländischen Lloyd übergingen und dann von den United American Lines Inc. zurückgekauft worden sind. „Reisler“, ursprünglich Bürgermeister William O'Swald und unter holländischer Flagge „Strabanta“ getauft, soll als erstes Schiff am 11. April die erste Reise über den Atlantischen Ozean antreten. Er ist etwa 1000 Personen. Für die Hamburg-Amerika-Linie sind auf der West- und Ostsee zwei gleichwertige Dampfer im Entschieden begriffen, die im nächsten Frühjahr zur Abfertigung kommen und die Namen „Albert Seiler“ und „Denisholm“ erhalten sollen.

**Hamburg.** 1085 Prozent Dividende! Der Aufsichtsrat der Deutschen Ecuador Cacao Plantagen- und Export-Gesellschaft A.-G. in Hamburg beschloß, der Generalversammlung für das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr 1921 die Verteilung einer Dividende von 1085 Proz. gegen 174 Proz. in den letzten Vorjahren in Vorschlag zu bringen. — Weiterer Milchschacher. Die heutigen Milchpreise sind die niedrigsten der Provinz seit langem. Der Generalverein der Milchproduzenten für Hamburg und Nachbarkreise e. B. verlangt von den Milchhändlern, daß sie vom 1. Mai an nicht nur für Vollmilch ein Festnetz des jeweiligen Durchschnittspreises für Butter zahlen, sondern auch noch die Transportkosten abstellen. — Der Versand nach Italien. Zwei Milchlieferungsdampfer für 1921 wurde bisher die Milch frei Hamburg geliefert. Es ist ganz selbstverständlich, daß durch die Transportkosten, die nunmehr den Händlern aufgebürdet werden, die Milch eine weitere erhebliche Verteuerung erfahren wird. Bei den heutigen Butterpreisen sind viele Milchhändler aber schon gar nicht mehr in der Lage, dieselbe Milch abzugeben, daß dadurch ihre Erträge gemindert sind. Eine weitere Verteuerung der Milch würde natürlich den Rucher noch mehr beschleunigen und Milchverfall, Hunger und Krankheiten herbeiführen. Die hiesige Preissteigerung

zeit verführt sogar das kapitalistische Fremdenblatt zu folgendem Ausspruch: Die Milch wird also noch weiter verteuert werden, wenn nicht eben die Behörden zu der Einsicht kommen, daß ein Abweichen von langjährigen Handelsgewohnheiten, lediglich zum Zwecke der Preissteigerung, ein Verstoß gegen die guten Sitten ist. Es wird Zeit, daß auch den Milchproduzenten einmal nachdrücklich zu Gemüte geführt wird, daß die Landwirtschaft eines Landes dem Besten dieses Landes, nicht aber der Auspowierung großer Volksteile zu dienen hat.

**Hamburg.** Wohnungsbauplan. Die Städtischen Kollegien berieten ein großes Wohnungsbauprojekt. Es wird beabsichtigt, nach fehlende Verträge mit der Gemeinnützigen A.-G. für Anstellungshausstätten zu ergänzen und die Gesellschaft zu erlösen, vor der Reichsversicherungsanstalt 25 Mill. M. für neue Siedlungshäuser zu beschaffen. Der Magistrat und die sozialdemokratische Fraktion eruchten um Unterstützung des Antrages, weil es sehr schwer sei, anderweitig Geld zu bekommen und die oben genannte Gesellschaft nur 4 1/2 Proz. Zinsen verlange. Es handelt sich um den Bau von 72 Wohnungen. Der Antrag auf Fortführung der Bauten der Gemeinnützigen A.-G. wurde unter der Bedingung angenommen, daß 25 Mill. M. bei 4 1/2 Proz. Zinsen bewilligt werden. Die Tilgung soll durch die neue Wohnungsinstitute r 81 Proz. erfolgen.

**Hamburg.** Russisches Geld. Das Echo schreibt: Als der kommunistischen Presse hier vor einiger Zeit gesagt wurde, sie lebe von den russischen Unterstützungsgeldern, die besser den hungernden Kindern da drüben zukommen sollten, da belann sich die „Hamburger Volkszeitung“ und sandte uns eine „Berichtigung“. Jetzt schreibt sie selbst über die von uns mitgeteilten Summen, die die deutsche Kommunistenpartei aus Russland nach heute bezieht: „Es war gar nicht nötig, zu entbehren. Die SPD. verweigert nicht und hat es niemals verweigert, daß sie von ihrer russischen Bruderpartei materiell unterstützt worden ist.“

**Kiel.** Der große Silberdiebstahl auf Schloss Rahlhorst bei Segeberg, beschäftigte erneut die Kieler Strafkammer. Die Einkreher erbeuteten für 100 000 Mark Silberfächer, die sie in einem Heuboden versteckten. Der Haupttäter Kloppele und eine gewisse Emma Lühr wurden angeklagt. R. ankam und erlöste sich später. Die L. wurde festgenommen und abgeurteilt. Jetzt wurde nach der Arbeiterjugender aus Hamburg zu einem Jahr und 9 Monaten Zuchthaus verurteilt. Es besteht der Verdacht, daß K. und L. es gewesen sind, die bei Oldenburg i. Holst. der Polizeiwachmeister Siemsen erschossen.

**Rendsburg.** Verhaftet wurde in Hohenwehde der zweite Kfarer Ebdorf. Auf Grund des Verdachts, sich an seinen eigenen 9- und 14-jährigen Kindern in schmerzlicher Weise vergangen zu haben, war die Einleitung der Fürsorgeerziehung der Kinder von Amts wegen beantragt und angedeutet worden. Ebdorf, Vater von sechs Kindern und seit drei Jahren vermittel, wurde vom Amte suspendiert.

**Eckernförde.** Wieder einer. Zu 6 Monaten Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe hatte das Eckernförder Schöffengericht den Landmann Heinrich Berger aus Schuby verurteilt, weil er recht ange Milchfälschungen vorgenommen hatte. Er nahm beim Melken auf der Meise Wässer aus den Tränktröden und lechte es der Milch zu. Dem Vorstand der Genossenschaftsmelerei konnte er ein Gefäß mit ab, auch zahlte er eine Buße von 38 780 Mark. Später befristet er die Fälschung. Deshalb legte er auch Berufung bei der Strafkammer ein. Das gleiche tat der Staatsanwalt, der gegen E. 2 Jahre Gefängnis und die höchst zulässige Geldstrafe beantragte. Das Gericht bestätigte jedoch das Urteil der ersten Instanz.

**Seibe.** Rapidus Steigen der Viehpreise. Ein Landmann im Kreis Tellingstedt verkaufte Ende Januar zwei Milchfühe zu zusammen 12 000 Mark. Jetzt verkaufte er eine weitere Kuh und erstellte dafür allein 14 000 Mark. — Den Krügen bekommen die Leute aber trotzdem nicht voll genug.

**Schönberg i. Meib.** Die Eiergranate im Kleiderkranz. Die Hauswirthin Katharine Harms in Ronez bei Rehna konnte ihre Schwiegermutter nicht leiden. So die Schwiegermutter Eigenmächtig des Anwesens war, und der Sohn nichts zu sagen hatte, lebte dessen Frau bei ihren Eltern im benachbarten Samkom, während ihr Mann Heinrich Harms nebst der sechzehnjährigen Tochter bei der alten Frau waren und dort arbeiteten. Eines Tages holte die Schwiegermutter die jüngere Frau Harms selbst zu sich. Am 29. September fand man die jüngere Frau Harms vor dem Kleiderkranz tot in ihrem Blute liegend. Die Sektion ergab als Todesursache Verletzung durch eine explodierte Eiergranate. Harms bestritt, die Granate in die Schieblade des Kleiderkranzes geschickt zu haben. Dieses Vorwissen kam dieser Tage vor dem Schwurgericht in Gültrow zum Austrag. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach fahrlässiger Tötung. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Heinrich Harms deshalb zu 9 Monaten Gefängnis. Die alte Frau Katharine Harms wurde freigesprochen.

**Odenburg.** Die Angliederungsfrage der Provinz Silesien im Landtag. Am Donnerstag nachmittags fand eine Sitzung des Abg. Schmidt (Dem.) über die Losierungsbestrebungen der Provinz Silesien vor Odenburg auf der Tagesordnung. Ministerpräsident Tanken plädierte für das bestehende Verhältnis, bei dem der Landesteil Lübeck am besten wäre. Auf die ruhigen und sachlichen Ausführungen des Ministerpräsidenten glaubte der deutschnationalen Abg. Dohm mit aller Klarheit die Ansicht seiner Parteifreunde darlegen zu müssen. Er meinte, die Landwirtschaft des Landesteils Lübeck hätte keine Berechtigung, sich Lübeck anzuschließen und zwar wegen der sozialistisch-kommunistischen Regierung. Auch Schleswig-Holstein komme keines sozialdemokratischen Oberpräsidenten Kürbis wegen nicht in Betracht. Also die naive Furcht vor den Sozialdemokraten. In sehr klarer Weise wies der Genosse Reitelhoff die Angriffe der deutschnationalen Redner über Lübeck und den Genossen Kürbis zurück. Er erklärte, sowie von Odenburg neue Steuern, wie Viehsteuern oder Umlageerhalten kämen, kämen die Landwirte: bloß los von Odenburg. Auch die Ausführungen des Abg. Wiedemann (DR.), daß die Beamten alle für Odenburg wären, wies Genosse Reitelhoff entschieden zurück und erklärte das Staatsministerium, der Bevölkerung zu ihrem Recht zu verhelfen und der Abminderung keine Schwierigkeiten zu machen. — Wie die wütenden Ausfälle des Abg. Dohm beweisen, verfahren dieselben Deutschnationalen, die stets so heuchlerisch vorgehen, sich nur vor nationalen und völkerverräthlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen, die Anführerfrage auf das politische Gebiet zu verlagern. Wollen sie diese Tendenz weiter pflegen, so soll es uns recht sein. Im übrigen haben die Angehörigen und Arbeiter alle Berechtigung, auf der Hut zu sein und sich nicht von Deutschnationalen einweisen zu lassen. Für die Angehörigen und Arbeiter wie für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung unseres Landesteils kann es gar keine andere Lösung geben als den Aufbruch zu Lübeck. — Im Mai werden Regierung, Landtag und Einzelpersonen eine Reihe nach dem unpolitischen Landesteil unternehmen, um Fühlung mit der Bevölkerung zu nehmen. — Der Antragstag für den Landesteil Lübeck für 1922 wurde angenommen. Er ergab eine Gesamtsumme von 18 567 000 Mark, eine Gesamtsumme von 18 567 000 Mark. Es kommen jedoch die neuen Ausgaben durch die Geldentwertung und die Beamtengehälter hinzu.

**Bremen.** Eine Deutsch-Amerika-Woche. In Bremen soll jetzt jährlich eine Amerikawoche abgehalten werden, um die durch den Krieg zerstörten internationalen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen. Während der Amerikawoche sollen in erster Linie amerikanische Landesprodukte und deutsche Exportartikel ausge-

stellt werden, um ein Bild der gegenwärtigen Außenhandelsbeziehungen zu geben. Außerdem sollen neben öffentlichen Vortragenden Fachkongresse auf denjenigen Gebieten stattfinden, die für die beteiligten Länder von besonderem Interesse sind, so z. B. internationale Konferenzen über Verkehr, Außenhandel, Auswanderung und Sozialpolitik. Auch Kunst und Wissenschaft und Sport sollen zu ihrem Recht kommen. Als Termin für die erste Amerikawoche wird der Sommer 1923 in Aussicht genommen. Als Vorläufer der Amerikawoche wird vom 3. bis 10. September d. J. die Niederdeutsche Woche in Bremen dienen.

## Verzicht der Arbeitnehmer auf Wahl einer Betriebsvertretung.

Von Hfr. Dreger.

Immer häufiger werden jetzt der Betriebsräte-Zentrale Fälle bekannt, in denen sich vor allem die Angestellten weigern, an der Wahl zu den Betriebsvertretungen teilzunehmen. Die Gründe für die Ablehnung sind die verschiedenartigsten. Da ist zunächst die Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen zu nennen. Als zweiten Grund kann man feststellen, daß unter den Angestellten eine große Gleichgültigkeit vorhanden ist. Viele bringen den Mut nicht auf, dem Chef gegenüber als Vertreter ihrer Kollegen und Kolleginnen aufzutreten. Mancher ist auch noch heute von seiner „besonderen Stellung“ dem Arbeitgeber gegenüber so fest überzeugt, daß er aus diesem Grunde es ablehnt, Mitglied der Betriebsvertretung zu werden. Es stehen sich noch eine ganze Reihe ähnlicher Gründe an, die immer wieder die Angestellten veranlassen, sich an den Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer nicht zu beteiligen. Diese Erscheinungen müssen uns Veranlassung sein, mit aller sachlichen Schärfe zum Ausdruck zu bringen, daß es in der nachrevolutionären Zeit, d. h. in der Zeit nach dem 9. November 1918, noch nicht möglich gewesen ist, auf dem Gebiete der geistigen Umstellung der Angestellten in Bezug auf ihre Stellung im heutigen Wirtschaftsleben und dem Arbeitgeber gegenüber wesentliche Fortschritte zu machen. Die Feststellung dieser Tatsache muß für uns Grund genug sein, nach Arbeitsformen zu suchen, von denen wir uns für die Zukunft einen größeren Erfolg versprechen. Es muß das Bestreben der Gesamtarbeiterschaft, Arbeiter und Angestellten, sein, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um baldigt zu einem verständnisvollen Zusammenarbeiten zu kommen. Bei dieser Gelegenheit will ich aber auch anerkennen, daß in einigen Betrieben zwischen beiden Schichten der Arbeitnehmer ein vorbildliches Zusammenwirken bereits seit Jahren besteht. Es diesen nachzumachen muß das Bestreben aller derjenigen sein, bei denen dies nicht der Fall ist.

Der beste Boden, ja nachgerade der einzig mögliche Boden, auf dem die Zusammenarbeit der Arbeiter und Angestellten erzielt werden kann, ist der des Betriebsrätegesetzes (BRG.). Auch die Angestellten müssen erkennen, daß sich die Kämpfe auf wirtschaftspolitischen Gebieten, daß sich der Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für die Angestellten in der Zukunft, gewollt oder ungewollt, auf dem Boden des BRG. vollziehen wird. Es ist deshalb nichts gefährlicher und nachteiliger für die Angestellten, als wenn sie die Bedeutung des BRG. verkennen, wie es leider heute noch zum großen Teile der Fall ist. Nur ein Beispiel: Bei einer ganzen Reihe großer Banken hier in Lübeck ist trotz zweijährigen Bestehens des BRG. bis heute noch niemals ein Betriebsrat gewählt worden. Ich bin überzeugt, daß ein großer Teil der Angestellten sich gar nicht bewußt ist, welcher Rechte sie sich dadurch begeben haben. Es würde auch zu weit führen, daß alles im Rahmen eines Zeitungsartikels anzuführen. Ich weiß aber auch, daß die leider unter den Angestellten noch sehr verbreiteten Organisationen, die nicht auf freigeistlicher Grundlage stehen, nachgerade mit sträflicher Gleichgültigkeit den Fragen des BRG. gegenüberstehen. Ein großer Teil Schuld an diesen Zuständen trifft also diese Organisationen, die es unter keinen Umständen mit der Herzen Chefs verderben wollen. Es muß also auch die Organisation, der ein Angestellter angehört, einmal einer kritischen Betrachtung, über die Erledigung ihrer Pflichten und Aufgaben, unterzogen werden.

Gleichsam programmatisch führt der § 1 des BRG. dem Arbeitnehmer zu Gemüte, daß die Betriebsvertretung die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) dem Arbeitgeber gegenüber, wahrzunehmen haben. Gemeinsam soll das geschehen. Das kann nur geschehen, wenn sich beide Gruppen Arbeitnehmer an der Errichtung einer Betriebsvertretung beteiligen und dieser Pflicht, die das BRG. im § 1 ihnen auferlegt, nachkommen. In der Nr. 8 der Blätter für Arbeitsrecht, der ständigen Beilage zur Deutschen Arbeitszeitschrift, untersucht nun Dr. Brunner-Dresden, die Rechtslage, die sich ergibt, wenn eine Arbeitnehmerseite sich an der Wahl der Betriebsvertretung nicht beteiligt. Dr. Brunner kommt natürlich als Vertreter der Arbeitgeber zu Schluß, die mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, daß die Arbeitgeber erkannt haben, wie gefährlich ihnen das BRG. werden kann, wenn es von zielbewussten, gemeinschaftlich geschulten Arbeitnehmern angewendet wird. Zunächst wird festgestellt, (das sollten sich alle Arbeitnehmer besonders merken), daß die Paragraphen des BRG., die die Errichtung von Betriebsräten behandeln, Vorschriften sind. (Im § 1 des BRG. Zur Wahrung der Interessen . . . sind . . . zu errichten. § 2. In Betrieben . . . zu wählen. § 6. Zur Wahrnehmung der Interessen . . . sind . . . zu errichten.) Dr. B. hat recht, nicht der Arbeitgeber macht sich strafbar, wenn keine Betriebsvertretung zustande kommt, nein, aber die Arbeitnehmer, oder der Teil, der sich weigert, sich an der Errichtung zu beteiligen, begeht ein Verbrechen an den Interessen der Arbeitnehmer, und sollte mit der Verachtung aller bestraft werden.

Der Arbeitnehmer ist nur auf Grund des § 23, Abs. 2 verpflichtet, dann, wenn der BR. seiner Verpflichtung, einen Wahlvorstand zu bestellen, nicht nachkommt, einen solchen zu bestimmen. Mit Recht sagt Dr. B.: „Lehnt die gesamte Arbeiterschaft oder einer ihrer Gruppen (Arbeiter oder Angestellte) geschlossen die Beteiligung an der Wahl ab, reicht sie insbesondere (wie es leider gerade bei den Angestellten häufig der Fall ist) keine Vorladung ein, oder verweigert sie die Abgabe der Stimmzettel, dann bleibt sie ohne eine Vertretung.“ Dr. B. fügt dann, von seinem Standpunkt vollkommen verständlich hinzu, daß der Arbeitgeber weder Veranlassung noch Interesse hat, daran etwas zu ändern.

Um so mehr sollte die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß ein solcher, der Arbeiter- und Angestelltenchaft unwürdiger Zustand nicht eintritt. Dr. B. benutzte diese Gelegenheit, um in gewöhnlicher Weise die BR. zu beschimpfen, sie als Beunruhigungselemente zu bezeichnen. Ich will diesen Anwurf nur niedriger hängen und damit parieren, das in 99 von 100 Fällen der Arbeitgeber der Teil ist, der in seiner Voreingenommenheit und Abneigung gegen jedes Recht der Arbeitnehmer, durch propagandistische Maßnahmen Beunruhigung in den Betrieb hineinträgt. Ich könnte aus meiner Praxis so manches Beispiel bringen, doch davon zu gegebener Zeit. Ueber die Rechtslage, die gegeben ist, wenn nur eine der beiden Arbeitnehmergruppen sich an der Wahl der Betriebsvertretung beteiligt, herrschen nun große Meinungsverschiedenheiten. Diese Verschiedenheiten sind mir mehrfach von BR. mitgeteilt, und sind auch in den Kurzen der BR.-Zeitschrift zur Sprache gekommen. Es ist selbstverständlich, daß durch Verzicht und Nichtbeteiligung einer Gruppe an der Errichtung der Betriebsvertretung auch für diese Gruppe kein Gruppenrat gebildet werden kann, da nach § 15 des BRG. der Gruppenrat durch die Gruppenmitglieder des BR. gebildet wird.



Die verächtlichste Gruppe bleibt dann ohne Vertretung. Ich stimme Dr. B. zu, wenn er sagt, daß die Vertretung, die nur von einer Gruppe Arbeitnehmer gewählt ist, unter allen Umständen als B.R., mit den sich für diesen aus dem B.R.G. ergebenden Rechten und Pflichten, anzusehen ist.

Auch einen Gruppenrat kann sie nicht erhalten. Dagegen werden die allgemeinen Interessen der Gesamtbelegschaft (auch der verächtlichen Gruppe) von dem B.R., der zwar nur von einer Gruppe Arbeitnehmer gestellt ist, mit vertreten. Es kann sich aber nur um Gesamtinteressen der Belegschaft handeln. Es ist also, trotzdem sich nur eine Gruppe Arbeitnehmer an der Wahl der Betriebsvertretung beteiligt, ein B.R. im Sinne des Gesetzes vorhanden. Da § 16 des B.R.G. nun zwingend vorschreibt, daß dann, wenn sich unter den Arbeitnehmern sowohl Arbeiter wie Angestellte befinden, jede Gruppe im Betriebsrat vertreten sein muß, so wäre nach meiner Meinung nach einer Möglichkeit zu suchen, die verächtlichste Gruppe zu zwingen, sich an der Wahl zu beteiligen. Dem klar ausgesprochenen Willen des Gesetzgebers sollte sich niemand widersetzen dürfen. Diese Möglichkeit wäre m. E. dadurch gegeben, daß den Entscheidungsinstanzen des B.R.G. das Recht eingeräumt wird, derzeitige pflichtvergeßene Arbeitnehmergruppen zwingungsweise zur Teilnahme an der Vertretung heranzuziehen. Ich bin mir darüber klar, daß diese Art Vertreter für die Interessen ihrer Mitarbeiter keine idealen Vertreter sein werden. Mir erscheint es aber notwendig, nicht nur dem Arbeitgeber zu zeigen, daß er sich bei gegebenen Voraussetzungen stets mit einer Betriebsvertretung abzufinden hat, und daß auch alle Bevorzugung und Sonderstellung der Angestellten im nicht nur der Mitarbeit der Angestellten im B.R. zeitlich können. Auf der anderen Seite muß unter solchen Umständen auch den verächtlichen Arbeitnehmern zu Gemüt geführt werden, daß Gleichgültigkeit, Ueberhebung usw. heute nicht mehr angebracht sind. Seite an Seite haben die Angestellten mit den Handarbeitern gemeinsam die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen. Hierzu bedarf es vielleicht einer Gesetzesänderung, es sei denn, daß die staatlichen Organe ohne weiteres gegen eine solche Vertretung zwingender Gesetzesvorschriften eingreifen. Bisher ist mir ein derartiger Fall nicht zu Ohren gekommen, in der ein Gericht sich veranlaßt sah, gegen eine Gruppe Arbeitnehmer vorzugehen, die gegen den klaren Wortlaut des § 16 des B.R.G. verstoßen hat.

Es dürfte keinerlei Zweifel bestehen, daß die Zahl der Betriebsratsmitglieder zu groß sein muß, wie das Gesetz es vorschreibt, auf Grund der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer. (Arbeiter und Angestellte.) Die Kommentatoren Feig-Schäfer teilen diese Ansicht. Verschiedene Kommentatoren sind anderer Ansicht. A. B. Kiehl-Schrap. Dr. B. ist nun ebenfalls der Ansicht, daß die nur von einer Gruppe gewählte Betriebsvertretung an Zahl zu groß sein darf, wie das Gesetz es vorschreibt und zwar unter Zugrundelegung der Zahl der im Betriebe Beschäftigten. (Arbeiter und Angestellte.) Er begründet diesen Standpunkt damit, das man der verächtlichsten Gruppe die Möglichkeit einer weiteren Wahl nicht offen lassen könne, da es ja kein Mittel gebe, die Durchführung des § 16 des B.R.G. zu erzwingen. Da meine obigen Ausführungen nur ein Hinweis auf Möglichkeiten sind, so teilt also Dr. B. in dieser Beziehung meinen Standpunkt. Aufgabe des Arbeitnehmers eines Betriebes, in dem sich eine Gruppe an der Wahl der Betriebsvertretung nicht beteiligt, wird es daher sein, dem Arbeitgeber auf die rechtliche Lage aufmerksam zu machen.

Mit Recht wird in dem angeführten Artikel auch der § 42 angeführt, der bestimmt, daß dann, wenn die Gesamtzahl des B.R. unter die im § 15 bestimmte Zahl sinkt, zu einer Neuwahl zu schreiten ist. Wenn man also anerkennt, daß trotz Verzicht einer Arbeitnehmergruppe ein ordentlicher B.R. besteht, dann muß man auch zugeben, daß derselbe aus der nach § 15 des B.R.G. sich ergebenden Zahl besteht muß.

Ich wiederhole also nochmals, daß ein lediglich aus einer Gruppe Arbeitnehmer bestehender B.R. alle einem B.R. zuzurechnenden allgemeinen Befugnisse hat.

Diese erheben sich aus den §§ 66-77 des B.R.G. Außerdem hat er die Aufgaben der §§ 78 ff., die ihm als Arbeiter- oder Angestelltenrat obliegen, zu erfüllen. Je nachdem, welcher Gruppe der Arbeitnehmer, der unter Verzicht einer Gruppe aufträte, zugehörig ist, hat er für diese die Gruppeninteressen wahrnehmen zu lassen. Soweit also die Anrufung des Gruppenrats anzuwenden ist, bleibt die eine oder andere Gruppe durch die Nichtbeteiligung an der Wahl dieser Möglichkeit beraubt. Vor allen Dingen wird sich die Verächtlichste auf eine Vertretung des B.R. bei Kundtannen zum Schaden derer, die dem B.R. beizutreten machen, die nicht in B.R. ihre Vertreter hat. Eine auch nur oberflächliche Kenntnis der §§ 84 ff. wird jedem klar vor Augen führen, wie leichtfertig eine solche Gruppe handelt. Für die Anrufung der verächtlichsten Gruppe besteht im Falle der Kundtanna keine Möglichkeit, den Sanktionsanspruch anzurufen. Dasselbe trifft auch bei Einstellungen zu. Dr. B., dessen Artikel Veranlassung für mich war, die Arbeitnehmer auf diese Folgen hinzuweisen, verfolgt den Zweck mit seinen Ausführungen, die Arbeitgeber auf die rechtliche Lage aufmerksam zu machen. Sicherlich mit dem Gedanken, die Arbeitgeber zu veranlassen, durch besondere Umstände diesen Zustand in ihren Betrieben herbeizuführen. Solange durch den Unersatzt der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) diese Bemühungen der Arbeitgeber Erfolg haben, werden die Abstände, die im Interesse der Betriebsdemokratie vom Gesetzgeber erreicht werden sollten, nicht in Erfüllung gehen. Damit zugleich ist, unter Hülfeleistung der Arbeitnehmer, dem Arbeitgeber die Möglichkeit gegeben, wichtige Fortschritte auf dem Gebiet des Arbeitsrechts illusorisch zu machen. Pflicht aller Arbeiter und Angestellten ist es daher, sich unter allen Umständen an der Wahl der Betriebsvertretung zu beteiligen.

# Gewerkschaften. Stinkbomben!

Dem Zentralverband der Angestellten wird unten geschrieben: „Die Kaufmannsjugend ist durch die Beförderungen ihres Berufes nur zu leicht der Gefahr der Fallorganisierung in antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Vorband oder im Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten ausgeliefert. Leider sind über die Tendenzen dieser Kaufmannsjugend gerade die Arbeiterkreise am allermeisten aufgeklärt. In wachsendem Maße haben sich die eben genannten Verbände außerdem bewegen, davon gab kürzlich eine Jugendversammlung in Berlin ein glänzendes Beispiel. In der dortigen Jugendversammlung des Zentralverbandes referierte der Kollege Schmidt über das Thema: „Der kaufmännische Lehrling der Vergangenheit und Zukunft“. Schon gleich zu Beginn der Vermählung verurteilten einige deutschnationale Junglinge den Referenten am Sprechen zu hindern. Jedoch kamen sie bald zur Ruhe. Dafür ging aber das Gerede und Geschwätz los und nun verjagten jene Leute durch Zwischenrufe den Streit vom Zaune zu brechen. Der Referent erteilte ihnen aber eine gründliche Abfuhr und so kam der Vortrag zu Ende. Als erster Diskussionsredner trat Herr von Conshered auf, er ging nicht auf den Vortrag ein, sondern wettete in bekannter Weise gegen den Zentralverband. Unterhelfen hatten die teutlichen Helden Stinkbomben herbeigeworfen, was zur Folge hatte, daß die Eltern und Jugendlichen fluchtartig den Saal verließen... und die Versammlungsleitung gerötigt war, die Versammlung zu schließen. Man sollte meinen, so etwas können nur dumme Schuljungen vollbringen. Von Mitgliedern des D.G.V. und noch dazu

von angehenden Kaufleuten hätte man mehr erwartet. Im übrigen verstehen wir nicht, wie sich dieses Benehmen mit der körperlichen Erleichterung der Jugend und Heranbildung zu den Tughesten im Beruf, das der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband auf sein Banner schreibt, reimt. Für die Eltern muß dies eine Warnung sein, ihre Söhne und Töchter dorthin zu schicken, wo sie im Gebrauch von Mordwaffen und dergl. unterrichtet werden, sondern ihre Kinder immer wieder anzuhalten, vom ersten Berufstage an ihrer Gewerkschaft und ihrer Jugendgruppe, dem Zentralverband der Angestellten beizutreten.

**Zentrale Verhandlungen im Baugewerbe.** Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe sind jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen. Zwischen den Bezirgsparitäten ist über die strittigen Hauptpunkte ein Einvernehmen erfolgt, das den Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Die Generalversammlungen der Verbände tagen im Monat Mai. Bis dahin bleiben die am 31. März abgelaufenen Reichsarbeitsverträge im Hoch- und Tiefbaugewerbe noch wirksam.

**Der kommunistische Achtstundentag.** Wenn es (das Proletariat) nicht in großem Maße Begehung und Anechtung verdient, muß es Mittel und Wege finden, den Kampf um seine elementarsten Rechte auch gegen den Willen der arbeitgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführer sofort zu organisieren und auszuführen. (Scrieb die „Kote Fahne“ in ihrer Sonntagsausgabe vom 26. März am Schluß eines Artikels, der sich gegen die Behauptung des Achtstundentages richtete und insbesondere das Guachten Realitäts, gegen das wir ebenfalls scharf Stellung genommen hatten, kritisierte. Wer nur die „Kote Fahne“ liest, muß glauben, daß gerade ihre Parteianhänger in der Praxis besonders machsam jede Verschlechterung der Arbeitszeit energig verhindern werden. Wie der Kampf um die elementarsten Rechte des Proletariats jedoch zuweilen von kommunistischen Vertretern der Arbeiterklasse geführt wird, zeigt die Verhängung der Arbeitszeit in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Wittenau. In der „Abteilung Waffenwerk“ besteht ein kommunistischer Betriebsrat. Gerade hier wird seit einiger Zeit wöchentlich 53 Stunden gearbeitet. Die Sache begann so, daß zunächst täglich 9 Stunden gearbeitet wurde, während der Sonnabend frei blieb. Nach und nach wurde dann auch am Sonnabend gearbeitet, so daß der Achtstundentag praktisch erledigt ist. Im Kugellagerwerk hat es dagegen der Betriebsrat, der aus Reichssozialisten und Unabhängigen gebildet ist, verstanden, der Arbeiterklasse eine geregelte achtstündige Arbeitszeit zu erhalten. Die Versuche dieses Betriebsrates, im Waffenwerk eine geregelte Arbeitszeit durchzusetzen, sind bisher an der hier in der Praxis vertretenen kommunistischen Auffassung vom Achtstundentag gescheitert.

**Kriegsarbeiterstreik.** Auf der Zeche „Tremonia“ bei Dortmund führt die Belegschaft nicht ein, weil ein Betriebsratsführer zwei Betriebsratsmitglieder maßregelte. Die Zechenverwaltung wandte sich an den Schlichtungsausschuß beim Reichskommissar um Amisenthaltung der beiden Betriebsratsmitglieder.

# Aus aller Welt.

**Mord in Berlin-Tempelhof.** Ein Kapitalverbrechen wurde in dem Hause Kaiserin-Augusta-Straße 74 zu Berlin-Tempelhof entdeckt. Hier wurde der im Erdgeschosse des Vorderhauses wohnende Straßenbahnführer Emil Teschke tot aufgefunden. Um 8 Uhr morgens kam ein Gastaffierer in das Haus, um die fälligen Beiträge einzuziehen, fand aber bei Teschke keinen Einlass. Eine Frau Witticher, die ebenfalls in dem Hause wohnt, ließ nun über ein Vorgartenstücker und sah Teschke mit Kopfverletzungen reumütig liegen. Jetzt wurde die Polizei benachrichtigt. Es stellte sich heraus, daß Teschke bereits tot war. Der Kopf wies an drei Stellen Verletzungen auf, deren Art noch untersucht werden muß. Sie rührten vielleicht von Schlägen mit einem Hammer her, der im Zimmer aufgefunden wurde. Hier herrschte eine große Unordnung. Stühle waren umgeworfen, und es hat den Anschein, als ob zwischen dem Täter und seinem Opfer ein heftiger Kampf stattgefunden hat.

**Drei Jahre Gefängnis wegen Kindermisshandlung.** Als eine „Bestie in Menschengestalt“ bezeichnete der Anklagenkriter der Kaufmann Paul Scherf, der sich vor der Strafkammer in Berlin wegen einer ganzen Reihe mit schrecklicher Rohheit verübter Mißhandlungen zu verantworten hatte. Die Anklage warf dem Angeklagten vor, seine vier- bezw. zweijährigen Stiefkinder Edith und Heinz Schneider und seine sieben Wochen alte Tochter Lotte vorzüglich und auf eine das Leben gefährdende Art mißhandelt zu haben. Dieses Treiben des Angeklagten ging soweit, daß eines Tages der kleine Heinz Schneider an den Folgen der Mißhandlungen starb. Jetzt tritt die Behörde ein und verhaftete den unheimlichen Stiefvater. Die Ermittlungen bestätigten dann auch, in wie grausamer Weise Scherf gegen die Kinder verfahren war.

**Raubüberfall im D-Zuge.** Zwischen Minden und Halle wurde im Ankerdamer D-Zuge ein holländischer Reisender, der sich im verunkeltem Abteil zum Schlafen niedergelegt hatte, von einem Räuber überfallen und durch einen wuchtigen Schlag auf den Kopf und zwei Stiche in die Brust schwer verletzt. Dem Heberfallenen gelang es indessen nach, die Notbremse zu ziehen. Als der Zug hielt, flüchtete der Räuber. Der schwerverletzte Helländer wurde nach Ansetzung eines Notverbandes in das Clementinen-Haus in Hannover gebracht.

**Explosionsunglück in einer Schule.** In der ersten Schulfasse des Ortes Lendern bei Hameln hatte der Lehrer Jergens einen Granatzünder in der Tasche. Wahrscheinlich durch einen Stoß gegen eine Bank explodierte der Zünder und geriet einem Jungen Oberhändel und Unterleib. Er starb nach einigen Minuten. Ein Schüler erhielt ein Sprengstück in die Lunge. Zwei weitere Knaben wurden ebenfalls schwer verletzt. Alle Verunglückten standen kurz vor der Konfirmation.

**Raubmörder im Eisenbahngug.** Ein grauenvoller Ueberfall ist Freitagabend in einem Abteil 2. Klasse der Kleinbahn Halle - Hettstedt verübt worden. Vor eindringenden Räubern wurden drei Reisende, nämlich die Frau des Rittergutsbesizers Dr. Kesse, die Frau des Bahnhofsvorstandes Schulz und ein junger Mann namens Köhler nach kurzem Wortwechsel erschossen. Die Mutter Köhlers konnte flüchten. Ueber die Täter ist nichts bekannt. Die Betriebsleitung der Eisenbahn hat auf ihre Ergreifung eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

**Ein sechsstocher Raubmord** ist nach einer Meldung aus München auf einem erlanten Bauernhofe in Raifed in der Gemeinde Mangen verübt worden. Dort wurden die 70jährigen Bauersleute Grube, sowie die Hofbesizerin Gabriel, ihr achtjähriges Mädchen und ihr dreijähriger Knabe, sowie eine noch in Bezug weisende Bauersfrau im Wohnzimmer mit eingeschlagenen Schädeln tot aufgefunden.

**Brauerereibrand.** Ein gewaltiges Feuer wüthete in der äußersten Hührens gelegenen Schloßbrauerei, wo das dreistöckige Brauereigebäude in Brand geraten war. Es wurden u. a. 1200 Zentner Gerste, 1000 Zentner Mais und mehrere tausend Zentner Hopfen vernichtet und ein Brandschaden von fünf Millionen Mark angerichtet. Die Brandursache ist unbekannt. 10 Millionen Mark für eine Briefmarke. In Paris gelangte eine einzigartige Briefmarke zur Versteigerung. Es ist die „Cenis“-Marke von Britisch-Guayana von 1856. Die Marke kam aus der Sammlung Herzogs, der sie dem Berliner Kunstmuseum vermacht hatte. Bei Kriensausbruch verfiel dann

Herzog Frankreich und die Marke wurde beschlagnahmt. Die Marke, deren Erlös zugunsten des Wiederbaumkontos aufgeschrieben werden soll, wurde mit 352 100 Franken, das sind nach deutschem Papiergelde annähernd 10 Millionen Mark, verkauft, wozu noch über 200 000 Franken Steuern und Unkosten treten.

**Ein Flug um die Welt.** Aus London wird gemeldet: Sir Kof Smith, dem es kürzlich gelang, mit seinem Bruder die Reise von England nach Australien im Flugzeug zurückzulegen, trägt sich jetzt mit dem Plan, einen Flug um die Welt auszuführen. Die „Times“ kündigen an, daß der Flug am 25. April vom Crozyden-Flugplatz bei London beginnen werde. Ein großer Teil der geplanten Reise, die sich auf über 200 000 englische Meilen erstreckt, führt über Küstenlinien oder weite Meeresstrecken. Zu diesem Zweck wird der Flieger ein Wasserflugzeug benutzen. Es wird erwartet, daß dieser Weltflug in 240 Flugstunden zurückgelegt und über drei Monate dauern wird.

**Zusammenstoß in den Süden.** Ueber der Driftschiff Thiesens bei Grandvilliers stießen zwei Flugzeuge der Luftlinie London-Paris im Nebel zusammen und stürzten brennend ab. In dem einen Flugzeug befanden sich außer dem Führer ein Mechaniker und vier Fahrgäste. Die beiden Flugzeugführer und die Fahrgäste sind getötet.

# Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)  
Zur Uebeter Orchesterfrage.

Zu dem Eingekanzelt im „General-Anzeiger“ teilt uns der Beamtenverein ehemaliger Militärkapellmeister folgendes mit: Die Ausführungen des Herrn Einsenders laufen daraus hinaus, daß falls die Uebeter Bürgerchaft die Mittel für das hiesige Theater- und Sinfonie-Orchester ablehnen sollte, der Beamtenverein ehemaliger Militärkapellmeister regelmäßig mit einer größeren Zahl von Musikern bei dem Sinfonie-Orchester und großen Opern ausbilden könnte. Mag dem Fernstehenden dies auch als eine Lösung der Frage erscheinen, so sprechen doch bei näherer Betrachtung zu viele Gründe dagegen, daß an eine Lösung auf diesem Wege nicht zu denken ist. Unsere Mitglieder haben alle im Beamtenverhältnis und haben eine tägliche Dienstzeit von acht Stunden. Es wäre ihnen nicht zugemutet werden, nach der anstrengenden Tagesarbeit noch regelmäßig Musikführungen zu übernehmen. Aber auch aus kollegialen Gründen müssen wir es ablehnen, den Berufsmusikern, die schwer um ihre Existenz zu ringen haben, Konkurrenz zu machen. Wenn Uebeter sich die Sinfonie-Konzerte und die große Oper erhalten will, so muß es sich unbedingt ein vollbesetztes Orchester halten. Unsere Mitglieder sind selbstverständlich bereit, in Krankheits- und anderen Ausnahmefällen, wie sie es bisher schon getan haben, einzuspringen. Ständig aber im Theater- und Sinfonie-Orchester mitzuwirken, muß der Verein aus den vorstehend angeführten Gründen ablehnen. Es würde dies auch den Zwecken des Vereines widersprechen.  
Der Beamtenverein ehem. Militärkapellmeister zu Uebeter e. V.  
Hermann Baerle, 1. Vorsitzender.

# Neue Bücher.

**Stich und Werbe, Worte,** gesprochen von Fritz v. Uexküll anlässlich der Frankfurter Goethe-Weche. In Frankfurt sind anlässlich der Goethe-Weche von geistig bedeutenden deutschen Männern kluge Reden gehalten worden. Am zündendsten und wirkungsvollsten sprach jedoch Fritz v. Uexküll, der junge Dichter des „Geistlichen“, vor den Besuchern der „Tafel“-Vorstellung und vor den Arbeitern den Ruf gegen die brutale Gewalt des „Stich“ mächtig erhob und das „Werbe“ durch die Macht des Geistes verlangte. Die Rede, die auch beim Lesen tiefen Eindruck macht, ist im Druck erschienen und bei Engbert u. Schloffer in Frankfurt am Main verlegt; sie kostet 4 Mt.

# Statistik der Lebensmittelpreise in Uebeter.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 7. bis 8. April 1922

Ware	Kleinstpreis für 1 Pfund in Pf.			Kleinstpreis für 1 Pfund in Pf.		
	alt	neu	veränd.	alt	neu	veränd.
<b>Getreide u. Getreidewaren</b>						
Weizen, 1 Scheffel	2800	4200	1400	150	150	150
Gerste, 1 Scheffel	2200	3200	1000	120	120	120
<b>Obst und Gemüse</b>						
Äpfel, 1 Scheffel	1200	1200	1200	100	100	100
<b>Wurstwaren</b>						
Speck, geräuchert, 1 Kilo	1000	1000	1000	100	100	100
<b>Getränke</b>						
Bier, 1 Liter	100	100	100	100	100	100
<b>Textilien</b>						
Wolle, 1 Kilo	1000	1000	1000	100	100	100
<b>Andere Waren</b>						
Zucker, 1 Kilo	100	100	100	100	100	100
<b>Währungen</b>						
Mark, 100	100	100	100	100	100	100



Marie Kemann  
Willy Törber  
Berlonte. (390)  
Lübeck, 11. April 1922

Zur Konfirmation herzlich Glückwünsche (388)  
Carl Rudolfsky.

Allen lieben Freunden und Bekannten zur Konfirmation die herzlichsten Glückwünsche. (406)  
Ernst Glasen, Küchmeister.

Für die viel. Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter sagen vielen Dank. (425)  
I. Dungen u. Frau u. Tochter Anna. Obertrave 29/2.

Für die viel. Geschenke und Gratulationen anlässlich der Konfirmation ihrer Tochter danken herzlich Robt. Waldourger u. Frau (424) u. Tochter D e n n e.

Für die vielen Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken (428)  
H. Hilt u. Frau  
nebst Sohn Hugo.

Zur erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation ihrer Tochter Gertrud danken herzlich (418)  
Otto Köhler u. Frau  
nebst Tochter.

Für die viel. Glückwünsche u. Geschenke anlässlich der Schulabschluss unserer Tochter Dina herzlich Dank (422)  
A. Haut u. Frau  
nebst Tochter Olga.

Für Geschenke u. Glückwünsche zur Konfirmation ihres Sohnes danken recht herzlich Robert Schröder und Frau (430) nebst Sohn. Schwanau.

Für die viel. Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation dankt herzlich Johannes Böker u. Frau nebst Tochter Wilma (432)

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke danken herzlich W. Schwarz u. Frau nebst Sohn Oswald u. (433) Tochter Elia.

Für alle Aufmerksamkeit u. Schulabschluss ihrer Tochter Erna danken herzlich (434)  
E. Krill u. Frau  
nebst Tochter Erna

Für die viel. Gratulationen u. Geschenke anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes danken wir herzlich. (435)  
Friedr. Lender und Frau  
nebst Sohn Gustav.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke danken herzlich (436)  
Franz Lenz  
nebst Tochter Emma.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Schulabschluss dankt herzlich S. Kreibitzberg u. Frau nebst Sohn Hugo. (438)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

Für die viel. Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.  
I. Kretschmer u. Frau  
Schwanau 10. (434)

## Nachruf.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verschied nach längerem Krankenlager hochbetagt unser Teilhaber und früherer Geschäftsführer

# Theodor Schwartz

im Alter von 81 Jahren an den Gebrechen des Alters.

Sein arbeitsreiches Leben war im allgemeinen den Interessen der Arbeiterschaft und im besonderen dem Ausbau und der Verbreitung des „Lübecker Volksboten“ gewidmet, dessen Gründer er mit war und in dem er über 25 Jahre erfolgreich tätig sein konnte. Er wird uns unvergesslich bleiben und sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Lübeck, den 10. April 1922.

**Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.**  
Verlag des „Lübecker Volksboten“.

In der Nacht zum Sonntag verschied unser lieber Mitarbeiter, Genosse

# Theodor Schwartz.

Er war uns als Geschäftsführer ein stets bereitwilliger Mitarbeiter.

Beim Scheidegruß erinnern wir uns mit Zuversicht des Wahlspruchs: Es ist das Schöne in der Welt, daß das Banner steht, wenn der Mann auch fällt!

**Redaktion des „Lübecker Volksboten“.**

Am Sonntag, dem 9. April 1922, verstarb der frühere Reichstagsabgeordnete

## Johann Karl Theodor Schwartz

im Alter von fast 81 Jahren. (418)  
Lübeck, den 10. April 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
Frau Georg Scherff Ww., geb. Möller.  
Wilh. Pehrsson u. Frau, geb. Pattasien.

**Sozialdemokratischer Verein Lübeck.**

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag starb unser alter Vorläufer und Senior der Arbeiterbewegung in Lübeck, unser Genosse

## Theodor Schwartz

im 81. Lebensjahre. (419)  
Ehre seinem Wirt, das unvergessen bleiben wird.

Die Beerdigung findet vom Gewerkschaftshaus aus statt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

In der Nacht zum Sonntag verschied unser früherer langjährig. Geschäftsführer, Genosse

## Theod. Schwartz.

Für die Wünsche der Angestellten und Arbeiter hatte er stets ein geneigtes Ohr. Sein aufrichtiges Wesen machte uns das Zusammenarbeiten mit ihm leicht. Wir werden seiner ehrend gedenken.

Lübeck, 10. April 1922.

**Das kaufmännische und technische Personal der Firma**  
**Friedr. Meyer & Co.**

Am Donnerstag hat nach langer schwerer Krankheit unser wertvolles Mitglied

## Heinrich Schröder.

Wir werden dem Dahinscheidenden ein ehrendes Andenken bewahren. Begräbnis: Mittwoch 9 1/2 U. u. Christenriedhof.

Nach langem Leiden verschied heute Morgen der Kanzleiaffistent

## Herr August Hornschuh

im 55. Lebensjahre.

Wir beauern das so frühe Ableben dieses bei Vorgesetzten und Mitarbeitern gleich geschätzten Beamten.

Lübeck, den 10. April 1922.  
Die Arrondbehörde.

**Ballspielverein „V.wärts“**  
Hpt. i. d. H. - u. Sportplatz.

**Nachruf.**  
Am Freitag mittag starb unser lieber Klub-Mitgl. u. Sport-Genosse (417)  
**Adolf Posky**  
Ehre seinem Andenken.

Die Einäscherung findet am Dienstag dem 11. April, nachmittags 1 1/2 Uhr im Krematorium statt. Treffpunkt d. Sportgenossen 12 1/2 Uhr Beiser Straße.  
Der Vorstand.

Sei. e. ion. Mädchen als Morgenheile. (438)  
Franz Heiter Vogt, Bakenstraße 17.

**Tichtig Akzidenzsetzer im Nachdruck bewandert, zur Zeitnahme an kleiner Anfertigung gesucht. (416)  
Herr. u. Alth. d. G. u. d. H.**

**Fr. Meyer & Co.**  
Johannstraße 46.

**Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch**

Ersetzt eine ganze wirtschaftliche Bibliothek.  
15.- Mk.  
Buchhandlung  
**Fr. Meyer & Co.**  
Johannstraße 46.

**Dr. med. Jacob Meyer**  
verleibt. (391)

**Schäfer Martin Salbe 1685**  
bestimmtes Volksheilmittel bei Seinschäden, od. f. Wunderauschlag, Pickel, Hautreiz, Dole 15.- Mk.  
Abl.-Apothek., Lübeck, 391) Mengstr. 10.

**Die Waisen Jakob**  
Mk. 1.50.  
Buchhandlung  
**Fr. Meyer & Co.,**  
Johannstraße 46.

**Steppdecken**  
Anfertigung, Anarbeiten u. Neubeziehen  
Spethmann, Breite Str. 31 (400)

**Schirmreparatur**  
Ed. Teemann  
398) Hundestr. 45.

**Simerbier**  
Dienstag von 8-6 Uhr nachmittags.  
397) H. Bade.

**Kommentar zum Reichsheimstätten-Gesetz**  
vom 10. Mai 1920.  
Von Dr. Beyer, Regierungsrat in Lübeck. 6 Mk.  
Buchhandlung  
**Friedrich Meyer & Co.**

**Simerbier.**  
Jeden Dienstag:  
491) Brauerei Stamer

**Ca. 20 Regale**  
in allen Größen für jeden geschäftlichen Zweck vorrätig. Sofort preiswert zu verkaufen. (445)

**C. Porté**  
Breite Str. 25 (Lad.)

**Gebrauchte Fahrräder**  
Räder u. Schläuche in allen Preislagen kaufen Sie auf u. preiswert bei **Werner & Kleinfield.**  
Fahradhandlung u. Reparaturwerkstatt, Schwöbenquerstraße 4 (421)

**Einfridigungs-Bühle**  
140x6 cm rund.  
**F. Demuth & Co.**  
Gr. Grövestr. 4. (433)

**Die Kunst der freien Rede.**  
Von Fritz Müller.  
Mark 4.-.  
Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannstraße.

**Zur Krise**  
der kommuniz. Partei Organisations-Internationale. Mitglied. (432)  
Mk. 12.-  
Buchhandlung  
**Friedrich Meyer & Co.,**  
Johannstr. 46.

**Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund.**  
Ortsausschuß Lübeck.

Wir ersuchen alle Gewerkschaften zur Beerdigung des Genossen

## Theodor Schwartz

die Fahndeputationen mit den Fahnen zu entsenden. Wir machen schon heute hierauf aufmerksam, da die Bestattung wahrscheinlich am Mittwoch nachm. stattfindet. Nähere Nachricht erfolgt. (437)

Der Vorstand.

**Felle**  
kauft höchstzahlend  
**Isaac Frankenthal**  
Beckergrube 53. Tel. 8541.  
401) **Haare**

**Wie bekannt**  
zahle ich die höchsten Tagespreise für  
Lumpen, Eisen, Knochen, Papier, geb. Zeitungen, Flaschen, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Zelle u. Haare bei reeller Abnahme. 396  
**S. Kramer, Krähenstraße 18.**

verkaufen Sie am besten Ihr  
**Wo** Kupfer, Messing, Blei, alt. Eisen, Lumpen, Papier, Flaschen usw.?  
Bei **Törper, Schwartz Allee 26.**  
Telephon 1573.

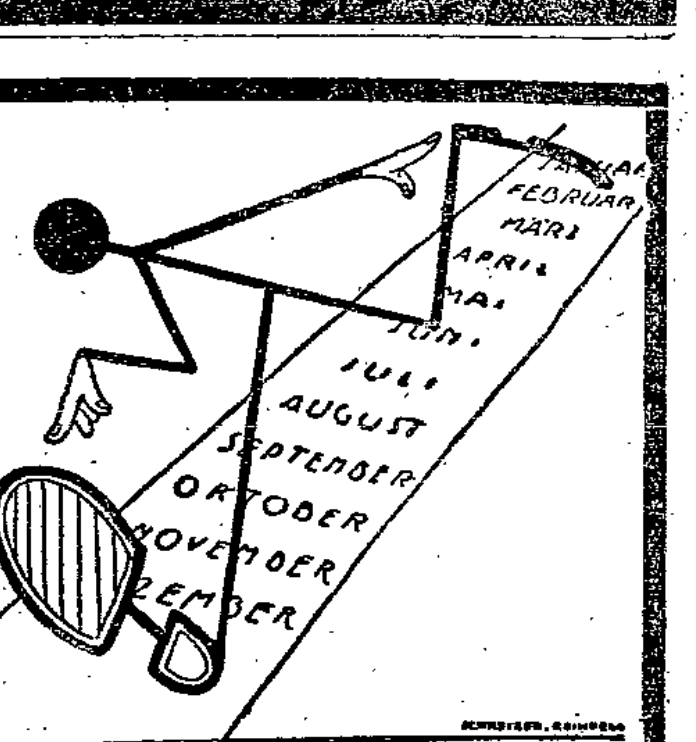
kaufe und zahle ständig  
den höchsten Tageskurs  
für alte Gold- u. Silbersachen

## Gold Silber

Schiffe, Brennstoffe, Uhren usw.

## C. Porté, Goldschmied.

26 Fleischhauerstr. 26 (443)



**Monatelang**  
laufen Sie auf  
**Leder- und Gummisohlen und Absätzen**  
der  
**Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei**  
**50 Huxstraße 50**  
**Robert Jentzen,**  
Leder- und Schuhmacher-Bedarfsartikel.  
Fernsprecher 2878.

292a)  
**Beitragsmarken**  
für Vereine, Gewerkschaften  
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung  
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.